

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Inserate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 PL • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. Lankes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4933

Berlin, 21. Januar 1932 • 45. Jahrgang • Nr. 3

Schluss mit den Reparationen!

Die auf das Wirtschaftsleben in allen Ländern wie ein Alpdrück lastende Krise beruht in ihren Grundursachen auf den Auswirkungen des Weltkrieges. Oft genug haben sich warnende Stimmen erhoben gegen die unerhörten Kriegslasten und Reparationsverpflichtungen, die insbesondere dem deutschen Volke aufgebürdet wurden. Niemals konnten sich aber diese Meinungen bei den in Frage kommenden Regierungen durchsetzen. Oft genug wurde darüber verhandelt, aber zu einer befriedigenden Lösung kam es niemals. Wohl wurde der Friedensvertrag von Versailles schon des öfteren geändert. An Stelle der rigorosen Zahlungsbestimmungen trat der Dawes-Plan, der aber nur wenige Jahre in Kraft bleiben konnte, weil die Unmöglichkeit der Durchführung bald eingesehen wurde. Der Young-Plan, der gegenüber dem Dawes-Plan verschiedene Erleichterungen brachte, folgte. Immerhin war auch diese Belastung so schwerwiegend, daß sie nicht eingehalten werden konnte und auf Anregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten im vorigen Jahr ein einjähriger Zahlungsaufschub beschlossen wurde.

Seitdem ist aber im Wirtschaftsleben nicht nur keine Verbesserung eingetreten, sondern Handel und Wandel verschlechterten sich zusehens. Die durch den Zahlungsaufschub dem Reiche verbliebenen Gelder reichten lange nicht dazu aus, um durch Reichshilfe eine Belebung der Wirtschaftskonjunktur auszulösen. Die Zeit der Zahlungsstundung wird in diesem Jahr zu Ende gehen und es müssen sich die Regierungen wiederum verständigen, was dann geschehen soll. Wir gehörten nie zu denen, die solche dem deutschen Volke aufgebürdeten Zahlungsverpflichtungen als tragbar erachteten und schrieben anlässlich der Inkraftsetzung des Young-Planes: „Wenn auch durch die Erleichterungen der Young-Plan dem Dawes-Plan vorzuziehen ist, so ist dieser doch immerhin noch eine starke Belastung der deutschen Wirtschaft unter der nicht zuletzt auch die Arbeiterschaft zu leiden hat.“ Diese Einstellung war auch in der gesamten freien Gewerkschaftspresse zu beobachten. Damit ist nicht gesagt, daß wir abgeschlossene Verträge als einen Fetzen Papier betrachten, die nicht eingehalten zu werden brauchen. Die Gewerkschaften standen mit ihrer Meinung nie allein, denn auch angesehene Volkswirtschaftler haben längst die Aufbringung solcher enormen Lasten als Unmöglichkeit erkannt.

In neuester Zeit ist die Frage anlässlich der Verhandlungen in Basel wiederum in den Vordergrund getreten. Eine in Frankreich weit verbreitete Zeitung, die „Dépêche de Toulouse“, trat offen für die Beseitigung der Reparationsverpflichtungen ein. Diese Ansicht besteht auch in weiten Kreisen der französischen Bevölkerung. Endlich hat sich auch die deutsche Regierung zu dem Mut aufgeschwungen, durch den Kanzler erklären zu lassen: „Die Voraussetzungen, von denen seinerzeit die Verfasser des Young-Planes ausgegangen seien, hätten sich grundsätzlich geändert. Deutschlands Lage mache ihm die Fortsetzung der politischen Zahlungen unmöglich. Jeder Versuch, das System der politischen Zahlungen aufrechtzuerhalten, wäre nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt von Unheil.“ Wie nicht anders zu erwarten, hat diese Erklärung große Mißstimmung ausgelöst und sofort erwiderte der französische Finanzminister: „Wenn der Lausanner Reparationskonferenz eine solche Erklärung der Zahlungsverweigerung vorangehen sollte, so wäre die

Einberufung dieser Konferenz nutzlos.“ Die Stimmung für eine Verständigung in Lausanne ist nach diesem Vorgehen für Deutschland nicht günstig. Dennoch steht die Auffassung der deutschen Regierung nicht einzeln da. Längst wurde von amerikanischen und englischen Kreisen anerkannt, daß die Deutschland auferlegten Reparationsverpflichtungen mit einer Grundursache der Weltwirtschaftskrise sind.

Es ist von großem Interesse zu wissen, in welcher Höhe bereits von Deutschland Zahlungen aufgebracht wurden. Aus dem französischen Haushaltsentwurf für 1932 ist zu ersehen, daß die gesamten Aufwendungen Frankreichs für Sachschäden mit rund 98 Milliarden Papierfranken bewertet sind, wovon 18 Milliarden für öffentliche Gebäude und Verwaltungskosten in Abzug gebracht werden müssen, so daß 80 Milliarden für den Wiederaufbau übrig blieben, oder 13½ Milliarden Goldmark. Es bleibt somit eine Summe von 79,6 Milliarden Papierfranken, für die sich Deutschland auf Grund der Lansing-Note von 1918 für schadenersatzpflichtig hält, übrig. Diese Summe stimmt auch überein mit einer Feststellung in einem Vortrag des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten im September 1931, in dem er den Betrag für Wiederaufbaukosten auf 80,1 Milliarden Papierfranken bezifferte. Die oben genannte Summe von 79,6 Milliarden Franken beträgt nach dem jetzigen Kurse in Reichsmark umgerechnet 13,5 Milliarden Mark.

Nun gehen aber die Schätzungen über die deutschen Reparationsleistungen bekanntlich sehr weit auseinander. Prof. Lujo Brentano kam für Ende 1922 auf 15 Milliarden Goldmark, davon 14,3 Milliarden Goldmark nicht gutschriftsfähige Zahlungen. Für den gleichen Zeitpunkt hat die Reparationskommission nur 7,9 Milliarden Goldmark gutschrieben und diese Gutschrift stieg bis zum 30. Juni 1924 auf 9,3 Milliarden Goldmark, dabei kann aber festgestellt werden, daß Wertlieferungen nur zum Schrottwert angesetzt sind, aber diese Berechnung niemals von Deutschland anerkannt wurde. In den Pariser Sachverständigenverhandlungen sind die Gutschriftleistungen auf 25 Milliarden Reichsmark und die nicht gutschriftsfähigen auf 29 Milliarden Reichsmark berechnet worden, wozu noch Leistungen während der Ruhrbesetzung mit 1,4 Milliarden Reichsmark treten, so daß sich eine Gesamtsumme von 55,4 Milliarden ergibt. Auch das amerikanische Institut of Economics kommt in seinen Schätzungen 1923 auf 25,8 Milliarden Goldmark, wobei es die Möglichkeit höherer Leistungen ausdrücklich zugibt. Etwa dieselbe Zahl hat auch der bekannte englische Volkswirtschaftler Keynes genannt. Weiter sind unter dem Dawes-Plan 8 Milliarden Mark und unter dem Young-Plan bis zum Hoover-Jahr nochmals 3 Milliarden Mark gezahlt worden, so daß unter Zugrundelegung der niedrigeren Zahl des genannten amerikanischen Instituts 38,4 Milliarden Goldmark an Zahlungen geleistet wurden. Davon erhielt Frankreich etwas mehr als die Hälfte (bis 1924 52 Proz., seither 54 Proz.), also etwa 18,5 Milliarden Reichsmark. Seine Wiederaufbauforderungen würden demnach bereits überzahlt sein. Nach der deutschen Berechnung noch weit mehr, da hier eine Gesamtleistung von 54,2 Milliarden Mark aufgeführt wird.

Dieser deutschen Feststellung steht folgende Version der französischen Regierung gegenüber:

„Die bis zum 1. April 1931 ausbezahlten Schäden betragen in der Tat 98 Milliarden Franken, wozu aber

noch 5 Milliarden Guthaben von Kriegsbeschädigten hinzukommen. Die Summe der Sachschäden beläuft sich somit auf 102 881 Millionen Franken. Dabei sind die Verzugszinsen nicht eingerechnet, welche die Rückständigkeit der deutschen Zahlungen Frankreich zur Last legten. Deutschland hat bis zum Hoover-Moratorium 8151 Millionen Mark an Frankreich bezahlt, wovon aber 2985 Millionen für Deckung der den Reparationen vorgehenden Schulden für Okkupationskosten und Rückerstattung der Vorschüsse von Spa in Abzug kommen. Es bleiben nach französischer Rechnung 5165 Millionen Reichsmark für die Wiederaufbaukosten, also 31 404 Millionen Franken (etwas mehr, als Frankreich 1870 an Deutschland als Kriegsschädigung gezahlt hat) oder ein Drittel der von Frankreich vorgeschossenen Sachschäden! Dabei ist die Münzverschlechterung vom Jahre 1928 gar nicht berücksichtigt.“

Es würde sich bestimmt lohnen, diese weit auseinandergehenden Behauptungen richtigzustellen. Hier ist nach unserer Meinung der Schlüssel zu finden für die endgültige Lösung der Reparationsverpflichtungen im Sinne der Forderungen der Gewerkschaften.

Durch den Vorsitzenden des ADGB., Kollegen Leipart, wurde im Pressebericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes in einem sehr beachtenswerten Artikel zu dieser Frage Stellung genommen. Nachdem Leipart ebenfalls den Standpunkt vertritt, daß Deutschland nach den niedrigsten Berechnungen 25 Milliarden und nach den höheren Berechnungen 58 Milliarden Mark im Rahmen der Reparationszahlungen geleistet habe, und, um diesen Verpflichtungen nachzukommen, Auslandsanleihen aufnehmen mußte, kommt er zu folgender Feststellung: „Sein Kapitalmarkt war ausgeblutet und konnte die notwendigen Summen nicht aufbringen. Dabei darf man nicht vergessen, daß die so erreichte Erholung der deutschen Wirtschaft auch im Interesse der Siegerstaaten lag, denn nur eine kräftige deutsche Wirtschaft kann die jährlichen Reparationszahlungen aufbringen. Darum haben die Siegerstaaten sich bisher niemals darüber beklagt, daß Deutschland diese Anleihen aufnahm. Ohne diese Auslandsanleihen hätten aber die Fehlbeträge in der deutschen Devisen- und Zahlungsbilanz nicht gedeckt werden können, die durch die Zahlung von baren Reparationsleistungen entstanden. Man solle also Deutschland nicht hinterdrein den Vorwurf machen, daß es die Reparationen durch die Aufnahme jener Auslandsanleihen gefährdete. Leipart zieht daraus für die Lausanner Konferenz folgenden Schluß: „Man sagt, daß die privaten Auslandsschulden kein Vorrecht vor den Reparationen haben dürften. Aber der Vorgang hat sich doch so abgespielt, daß die anfallenden Devisen der Auslandsanleihen zuerst den Siegerstaaten zugefallen sind. Sie haben also die Priorität genommen.“ Leipart faßt die Ansichten der deutschen Gewerkschaften in dem Satz zusammen:

Reparationszahlungen sind nicht mehr berechtigt.

Dafür gibt er folgende Begründung:

„Vier Jahre Weltkrieg haben blühende Gegenden Frankreichs und Belgiens verwüstet. Das mehrfache Angebot der deutschen Gewerkschaften auf Bereitstellung deutschen Materials und deutscher Arbeitskräfte zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ist leider abgelehnt worden. Ich will mich zu dieser Ablehnung nicht äußern. Hier genügt die Feststellung, daß in jenen Gebieten erfreulicherweise die Spuren des Krieges verwischt

sind. Die Kosten der Wiederaufbauarbeit sind u. E. durch die von Deutschland abgelieferten Milliardenwerte bereits gedeckt; damit ist dem Recht auf Reparationen ohne Zweifel Genüge geschehen. Die Reparationskommission hat Deutschlands Leistungen anerkennen und buchen müssen. Der Reparationsagent hat viermal jährlich ordnungsgemäß bestätigt, daß Deutschland seinen Verpflichtungen pünktlich und in vollem Umfang nachgekommen ist. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der letzte Nachfolger dieser Kontrollinstanzen, hat keine Beanstandungen erhoben.

Deutschland hat also die Verträge voll erfüllt.

Zur Zeit ist es von seinen Verpflichtungen entbunden, nicht auf eigenen Antrag, sondern infolge der Anregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Hat es die Reparationszahlungen später wieder aufzunehmen? Mir scheint im Gegenteil der Zeitpunkt zur endgültigen Liquidation der Reparationszahlungen gekommen. Deutschland hat sich die Devisen zur Zahlung der Reparationen nicht auf dem Wege beschaffen können, den bereits der Dawes-Plan als den einzig richtigen bezeichnete: nämlich durch die Ueberschüsse seiner Handelsbilanz. Es wird nachdrücklich darauf hinweisen müssen, daß der Saldo seines Außenhandels im Durchschnitt von sieben Jahren passiv gewesen ist. Die Reparationsdevisen sind nur auf eine Weise erworben worden, die der Dawes-Plan als Verschleierung gebrandmarkt hat: nämlich auf dem Wege der Auslandsanleihen."

Wir unterstreichen jedes Wort, das vom Kollegen Leipart so mutvoll ausgesprochen wurde. Es sei aber darauf hingewiesen, daß diese Einstellung längst in den Kreisen der Gewerkschaften zum Durchbruch gekommen ist und diese viel früher, als uns die Gewerkschaftsliteratur zeigt, mutig in der Öffentlichkeit gegen die unerhörten Reparationsleistungen aufgetreten sind. Leipart schließt seine Ausführungen mit folgender Bemerkung:

„Deutschland muß aber auch darauf hinweisen, daß die Voraussetzungen des Young-Planes nicht erfüllt sind. Der Young-Plan war auf der Erwartung aufgebaut, daß die Weltwirtschaft aufblühen und damit Deutschlands Belastung von Jahr zu Jahr erleichtert werde. Diese Hoffnung ist zusammengebrochen und wird sich nach menschlichem Ermessen auch in absehbarer Zeit nicht erfüllen. Der Young-Plan beruhte insbesondere

auf der Voraussetzung, daß Deutschland durch eine Vergrößerung seiner Ausfuhr die notwendigen Devisen zur Durchführung der Reparationszahlungen erwerben könne. Das Gegenteil ist eingetreten. Durch gewollte oder ungewollte Währungsverschlechterungen, durch Devisenbewirtschaftung, durch erhebliche Zollerhöhungen, durch Einfuhrbeschränkungen und -verbote aller Art haben die unmittelbaren und mittelbaren Reparationsgläubiger Deutschlands Ausfuhrmöglichkeiten aufs empfindlichste eingeschränkt. Alle diese Tatsachen stehen in schroffem Widerspruch zu dem Sinn des Vertrages. Deutschland hat seine Verpflichtungen erfüllt. Die deutsche Arbeiterschaft erwartet, daß die Siegerstaaten das gleiche tun werden. Die Welt leidet unter der Fortsetzung des Weltkrieges mit wirtschaftlichen Waffen. Das Elend ist entsetzlich groß. Gebt der Welt endlich den wahren Frieden."

Selbstschutz bedingt eine starke Organisation!

Am 23. Januar ist der 5. Wochenbeitrag fällig

Die Gewerkschaften haben die Verpflichtung, bei allen ihren Veranstaltungen in diesem Sinne zu wirken. Solange die unerträglichen Belastungen der Reparationsverpflichtungen auf dem deutschen Volk liegen, ist an den Wiederaufstieg des Wirtschaftslebens nicht zu denken. Das Damoklesschwert des Young-Planes, wonach den Siegerstaaten die Möglichkeit zur Anziehung der Daumenschrauben gegeben wird, muß verschwinden und der Weg für die Wirtschaftsbelebung freigegeben werden. Diese wohlberechtigten Forderungen werden die Gewerkschaften zur Durchführung bringen, wenn sie auch international die Verständigung in die Wege leiten. Das Proletariat in den militärischen Siegerstaaten kann nur gewinnen, wenn seine Klassengenossen in Deutschland von der unerhörten Belastung befreit werden. Bleibt aber die Tributbelastung bestehen, so wird eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage der deutschen Arbeiterklasse eintreten und auch ihre Klassengenossen in den übrigen Ländern werden in den Strudel der wirtschaftlichen Verelendung hinabgerissen.

und das Landesfinanzamt Darmstadt von 17,7 Millionen Betriebsvermögen 9 Millionen als Einheitswert und 8,7 Millionen als fremde Mittel. Vom gesamten Betriebskapital der Mühlenindustrie entfallen auf Preußen 719 Millionen, Bayern 124 Millionen, Sachsen 87,4 Millionen, Baden 78 Millionen und Württemberg 41 Millionen Mk.

Wochenschau

Lausanner Konferenz — Deutsche politische Zahlungen unmöglich — Keine Amtszeitverlängerung Hindenburgs — Wahlen in Lippe — Keine Nazi-Regierung in Hessen — Keine Lohnsteuerrückerstattung — 70 v. H. Dividende — Schultheiß-Generaldirektorium und Strafverfahren — Drohende Arbeitskämpfe in Schweden — Amerika für Arbeitsbeschaffung — Amerikas Arbeitslosigkeit.

Nach Vereinbarungen der beteiligten Regierungen beginnt die Lausanner Konferenz am 25. Januar. Vermutlich wird der Vorsitz durch den englischen Ministerpräsidenten Macdonald übernommen. Deutschland wird durch Reichskanzler Brüning vertreten.

Reichskanzler Brüning gab zur Lausanner Konferenz die Erklärung ab, Deutschland könne unmöglich weitere politische Zahlungen leisten. Jeder Versuch, sie aufrechtzuerhalten, bedeute nicht nur für Deutschland, sondern für die gesamte Welt Unheil.

Hugenberg und Hitler kamen überein, dem Vorschlag des Reichskanzlers Brüning, Hindenburgs Amtszeit durch den Reichstag zu verlängern, nicht zuzustimmen. Damit ist der Vorschlag, Hindenburg durch den Reichstag neu zu wählen, gescheitert. Nunmehr bemühen sich die bürgerlichen Mittelparteien, Hindenburg durch Volkswahl wählen zu lassen, während bei den Nazis mit einer Kandidatur des General Epp Stimmung gemacht wird. Die Kommunisten propagieren Thälmann.

Die am 10. Januar in Lippe durchgeführten Gemeinde- und Kreistagswahlen ergaben für die Sozialdemokraten und Bürgerlichen wieder Stimmverluste. Obwohl Nazis und Kommunisten Stimmzuwachs aufweisen, bleiben aber ihre Erfolge hinter denen bei Wahlen anderer Zeit zurück.

In Hessen bleibt trotz des „Wahlsieges“ der Nazis die Weimarer Koalition in der Regierung. Auseinandersetzungen zwischen Nazis und Zentrum verliefen ergebnislos.

Laut Notverordnung erfolgen ab Januar 1932 keine Lohnsteuer-Rückerstattungen mehr.

Die englische Woolworth-Gesellschaft, die auch in Deutschland Läden unterhält, konnte ihre Nettogewinne gegenüber 1930 um 14 Proz. oder um 4,21 Mill. Pfd. erhöhen. Die auf die Stammaktien ausgeschütteten Dividenden betragen 70 Proz.

Die 2. Strafkammer des Landgerichts I Berlin hat das Strafverfahren gegen ehemalige Generaldirektoren des Schultheiß-Patzenhofer-Konzerns eröffnet. Sämtliche Prozeßbeteiligte sind wegen Bilanzverschleierung und Katzenellenbogen außerdem noch wegen Prospektbetrug und handelsrechtlicher Untreue angeklagt. Katzenellenbogen bleibt weiter in Untersuchungshaft. Der Termin findet am 29. Januar statt.

Für die Eisen- und Maschinenindustrie in Schweden wurde ein Schiedsspruch gefällt, den die Arbeiterschaft ablehnte. Die Belegschaften von 9 Fabriken sind bereits in den Streik getreten, so daß 10 000 Arbeiter an ihm beteiligt sind. Es ist damit zu rechnen, daß sich der Streik auf 100 000 Mann ausdehnt.

Der Washingtoner Bundessenat hat mit 63 gegen 8 Stimmen eine Kreditvorlage zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung angenommen, demzufolge 500 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt werden. Weiter wurde beschlossen, daß dieser Betrag eventuell auf das Vierfache erhöht werden kann.

Nach den neuesten Schätzungen des Präsidenten des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes Green sind in USA. 8 Millionen Arbeitslose vorhanden, zu denen noch 20 Millionen Angehörige kommen.

Furchtbares Erwachen

Der langjährige Führer der bayrischen Bauernschaft Dr. Heim veröffentlicht in der katholisch-akademischen Zeitschrift „Schönere Zukunft“ einen Artikel „Glück und Ende des Nationalsozialismus“, dem wir entnehmen:

„Es wird im Falle des Nationalsozialismus ein furchtbares Erwachen sein, wenn die Geldspender aus Industrie, Banken, Versicherungsgesellschaften, Handelsfirmen statt Besserung ihrer Lage den Zusammenbruch erleben, wenn diejenigen, die gesagt haben: „schlechter kann es nicht mehr werden“, einsehen, daß es wohl noch schlechter kommen kann, wenn Kleinrentner abermals ihre Sparpiennige verlieren, wenn Beamte einsehen, daß kein Gehalt schlechter ist als ein gekürztes, wenn Arbeitslose einsehen, daß eine karge Unterstützung besser ist als keine, wenn den Bauern nach dem hessischen Verschwörungsrezept ihre Produkte ohne Entgelt weggenommen werden.“

Schulden und Vermögen in der Mühlenindustrie

Die Ergebnisse der Einheitsbewertung für 1928 in der Mühlenindustrie sind wertvoller als die Vermögenssteuerstatistik, weil Rohvermögen und Reinvermögen gesondert erfaßt werden.

1925 wurden für 26 761 und 1928 für 28 734 Betriebe, also 7,37 Proz. Einheitswerte ermittelt. Betriebe mit mehr Schulden als Werten sind 583 gezählt worden. Auch für diese Betriebe wurde ein Einheitswert von mehr als 12 Millionen Mk. ermittelt. Es entfällt auf jeden dieser Betriebe eine Ueberschuldungssumme von mehr als 20 000 Mk.

Das rohe Betriebsvermögen aller Mühlenbetriebe belief sich auf 1199 Millionen Mark. Von diesen Betrieben arbeiteten 11 334 mit fremden Mitteln. Das fremde Kapital stellte sich 1928 auf 640 Mill. Mk. oder 54 Proz. des rohen Vermögens, gegenüber 290 Mill. Mk. im Jahre 1925. 1925 waren nur 35 Proz. des Rohvermögens Schulden, und 1928 über 54 Proz.

Auf Vergleichsbasis gebracht, stieg das Rohvermögen von 826,8 Mill. Mk. im Jahre 1925 auf 1127,5 Millionen Mk. im Jahre 1928 oder um 36 1/2 Proz. Die Ausweitung des rohen Vermögens beläuft sich auf rund 300 Millionen. Die Zunahme der Schulden im gleichen Zeitraum beträgt 282 Millionen, so daß nur eine ganz geringe Differenz bleibt, die als reiner Vermögenszuwachs der Betriebsinhaber zu betrachten wäre. Das Statistische Reichsamt berechnet, daß sich die reinen Vermögen, also die Einheitswerte, von 71 auf 80,4 Millionen erhöht haben. Eine geringe Steigerung, während im Reichsdurchschnitt die Einheitswerte aller gewerblichen Betriebe sich um 14,38 Proz. zwischen 1925 und 1928 gesteigert haben.

Bei den Betriebsgrundstücken erfolgt die Bewertung, wie in der Landwirtschaft, nach dem Ertrage. Im Jahre 1925 wurden die Grundstücke in der Statistik nicht angeschlossen, eine Vergleichsmöglichkeit ist also nicht gegeben. 1928 verfügten von den 29 317 Betrieben 25 291 über Betriebsgrundstücke im Werte von 330,5 Millionen. Von je 100 Betrieben haben also 86 Grundstücke, die mit den Mühlenbetriebe in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Der Wert der Grundstücke macht 27,56 Proz. des gesamten Rohvermögens aus. Von den Betrieben, die mit Grundstücken versehen sind, verfügt jeder über ein durchschnittliches Roh-

vermögen von 40 898 Mk., und der Wert des Grundstückes beträgt im Durchschnitt 13 068 Mk.

Die Verschuldungsverhältnisse in den Städten liegen anders als auf dem flachen Lande, da ja in den Städten die Verbindung mit der Kreditwirtschaft bei weitem enger ist. So erfolgte in Berlin eine Ausweitung des rohen Betriebsvermögens von 21 Millionen auf fast 50 Millionen Mark mit vollständig fremden Mitteln, denn die Schulden haben sich von 9,4 Millionen auf 36,5 Millionen erhöht. Hier ist das Reinvermögen 1928 geringer als 1925. In Hamburg steigt das investierte Kapital von 8,546 Millionen auf 31,780 Millionen. Die fremden Mittel erhöhten sich von 3,1 Millionen um fast 20 Millionen. Im Gegensatz zu Berlin ist auch der Einheitswert gestiegen von 5,4 auf 8,7 Millionen. Ein Verlust des Reinvermögens gegenüber dem Stande von 1925 ist außer in Berlin nur noch in Bremen zu beobachten. Die Zahl der Betriebe verminderte sich von 14 auf 9. In Berlin wurden 32 Betriebe, davon 22 überschuldete, von der Einheitsbewertung erfaßt. In der folgenden Tabelle sind die Städte mit einem in der Mühlenindustrie investierten Rohvermögen von mehr als 10 Millionen zusammengestellt.

	(in Werten von 1000 Mk.)					
	Rohvermögen		Schulden		Einheitswert	
	Zahl der Betriebe	Betrag	Zahl der Betriebe	Betrag	Betrag	
Mannheim	17	56 809	12	38 585	18 224	
Berlin	32	48 953	22	36 548	12 405	
Hamburg	24	31 780	21	23 066	8 740	
Köln	7	17 676	5	13 766	3 910	
Dresden	6	17 182	6	9 366	7 816	
Bremen	9	16 949	8	7 272	9 677	
Ludwigshafen	4	15 057	4	10 757	5 100	
Altona	13	17 312	12	7 322	6 990	
Krefeld	2	13 490	2	9 202	4 217	
Duisburg	4	12 504	3	8 641	3 863	
Frankfurt a. M.	5	12 144	4	6 826	5 318	
Düsseldorf	3	11 818	3	6 293	5 525	

Im Bezirk des Landesfinanzamtes Mecklenburg-Lübeck sind von dem investierten Gesamtkapital von 20,6 Millionen 10,9 Millionen eigene und 9,7 Millionen fremde Mittel, das Landesfinanzamt Breslau meldet von einem Gesamtkapital von 70 Millionen 37,5 Millionen als Vermögen der Betriebsinhaber und 32,5 Millionen als fremde Mittel

Biersteuer und Bierpreis

Notwendigkeit der Biersteuersenkung.

Die Biersteuereinnahmen sind im November 1931 abermals stark zurückgegangen. Es wurden nur 26,7 Mill. Mk. eingenommen, während im vorhergehenden Monat noch 36,36 Mill. Mk. und im November 1930 insgesamt 42,64 Mill. Mk. vereinnahmt wurden. In den ersten acht Monaten des Steuerjahres sind bisher 274,18 Mill. Mk. Biersteuer aufgekomen. Das sind nahezu 60 Mill. Mk. weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Auf Grund des stetigen Rückganges der Biersteuereinnahmen ist die im Entwurf des Haushaltsplanes mit 510 Millionen Mark veranschlagte Biersteuereinnahme auf 460 Mill. Mk. herabgesetzt worden. Nach dem bisher vorliegenden Ergebnis dürfte am Schlusse des Rechnungsjahres auch diese Summe nicht erreicht werden, zunal bereits gegenwärtig etwa 10 Proz. an der im monatlichen Durchschnitt einzunehmenden Summe fehlen.

Angesichts der auch auf anderen Gebieten stark abgesunkenen Steuereingänge ist es verständlich, wenn das Reichsfinanzministerium den Rückgang der Biersteuereinnahmen mit Sorge betrachtet und Maßnahmen in Erwägung zieht, die den Zweck haben, einen weiteren Rückgang zu verhindern. Würde die Regierung unsere berechnete Warnungen beachtet und die Biersteuererhöhung im Mai 1930 nicht durchgeführt haben, dann würde es überflüssig sein, heute eine Herabsetzung der Biersteuer vorzunehmen; denn daß nur eine solche in Verbindung mit einer Preissenkung, die von den Brauereien und den Wirten getragen werden muß, in der Lage ist, den Rückgang der Steuereinnahmen aufzuhalten, kann nicht bestritten werden. Die Reichsregierung muß den Mut haben, dies zu tun, auch wenn dadurch bei den bevorstehenden internationalen Verhandlungen ein ungünstiger Eindruck entstehen sollte. Wir glauben bestimmt, daß bei einer eingehenden Darlegung der Verhältnisse, die zu der Steuer-senkung zwingen, alle Verhandlungspartner von der Notwendigkeit dieser Maßnahme zu überzeugen sind. Es dürfte niemand unter ihnen sein, der es als einen Fehler betrachtet, daß Maßnahmen getroffen werden, die dazu dienen, dem Reich eine ergiebige Steuerquelle zu erhalten.

Ueber die Höhe der vorzunehmenden Bierpreisermäßigung einschließlich der Steuerermäßigung haben die Brauerei- und Gastwirteorganisationen dem Preisüberwachungskommissar bereits Vorschläge unterbreitet. Demnach soll eine Herabsetzung des Bierpreises in einem Ausmaß erfolgen, das die Möglichkeit bietet, das große Glas Bier um 10 Pf. und das kleine um 5 Pf. herabzusetzen. Wenn zu dieser Senkung noch der Zwang zur Einführung der Pfennigrechnung kommt, dann dürften die Voraussetzungen zu einer Belebung des Bierabsatzes und damit zu einer Mehrbeschäftigung von Brauereiarbeitern im wesentlichen gegeben sein. Daß damit auch die Steuereinnahmen trotz der vorhergehenden Senkung steigen werden, ist mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, insbesondere deshalb, weil durch den Mehrumsatz Steuerstundungen nicht mehr in dem Maße notwendig sind wie bisher. Augenblicklich haben die Biersteuerstundungen einen Umfang angenommen, wie nie zuvor. Diese vielen Millionen Mark noch nicht abgeführter Biersteuer zu retten, ist allein schon Grund genug, erhebliche Erleichterungen zu schaffen.

Im Gegensatz zu diesen einzig richtigen Erwägungen hält es der „Vorwärts“ für richtig, eine Senkung der überhöhten Biersteuer als undiskutable Behauptung. Von ihm wird die aufgestellte Behauptung, daß durch eine erhebliche Senkung der Biersteuer und der dadurch möglichen Herabsetzung des Bierpreises um 20 bis 25 Proz. eine Zunahme des gesamten Biersteueraufkommens eintritt, als eine Milchmädchenrechnung bezeichnet. Zur Beweisführung dafür wird von ihm berechnet, daß bei einer Steuersenkung von 9 Mk. pro Hektoliter der Bierverbrauch um 50 Proz. steigen müßte, wenn das bisherige Steueraufkommen auch nur erreicht werden soll.

Daß die einfache Gegenüberstellung zwischen dem jetzigen und dem evtl. Aufkommen nach der Steuerherabsetzung nicht ohne weiteres möglich ist, weiß der „Vorwärts“ genau so gut wie wir. Wenn er sie dennoch vornimmt und dabei kein Wort über die zahlreichen anderen zum Teil sehr wichtigen Faktoren, die davon berührt werden, verliert, dann wahrscheinlich nur, um seinen sonst unhaltbaren Standpunkt nach außen hin verständlich erscheinen zu lassen.

Es mag zutreffend sein, daß der Ausfall an Biersteuer durch Mehrverbrauch nicht vollständig ausgeglichen wird. Aber das ist nicht ausschlaggebend, vielmehr, daß der stetige Rückgang der Biersteuereinnahmen aufgehoben wird, und daß sich durch einen Mehrverbrauch die Beschäftigungsmöglichkeit für die Brauereiarbeiter bessert. Wird die Biersteuer in der heutigen Höhe weiter erhoben, dann ist es nicht schwer vorauszusagen, daß ihr Aufkommen in nicht allzu ferner Zeit die Höhe erreicht haben wird, die heute erreicht werden

würde, wenn bei gleichbleibendem Umsatz die Biersteuer um 9 Mk. pro Hektoliter gesenkt wird.

Dem muß durch eine Biersteuer- und Bierpreissenkung vorgebeugt werden. Auch wenn der „Vorwärts“ nicht damit einverstanden sein sollte. Zu beachten ist nämlich, daß bei einem auch nur geringen Mehrkonsum nicht nur die Arbeitslosigkeit der Brauereiarbeiter zurückgehen und damit die Arbeitslosenversicherung entlastet und das Aufkommen an Versicherungsbeiträgen und Lohnsteuer gesteigert wird, es erhöht sich auch die Umsatzsteuer. Nicht nur bei dem Bier, sondern auch bei den dazu benötigten Rohstoffen. Heute liegen die Dinge so, daß große Mengen Brau-

Not im Böttchergewerbe

Sind daran die Löhne und Soziallasten schuld?

In Nummer 53 der „Einigkeit“ veröffentlichte wir einen Artikel, in dem über das blühende Böttcherhandwerk in Pilsen berichtet wurde. Von der „Mitteldeutschen Küferzeitung“ wurde dieser Artikel nachgedruckt mit der Bemerkung, daß ihn auch die Meister mit Interesse lesen werden, die Schlußsätze würden aber daneben gehen, denn die riesige Not im Gewerbe kann die Löhne und übersetzten Soziallasten nicht mehr aufbringen. Die Sätze, auf die hier Bezug genommen wird, enthielten die Feststellung, daß die Gehilfen die Bestrebungen der Meister auf Ersatz der in Wegfall gekommenen Arbeiten in mancherlei Art unterstützt haben, daß aber leider neuerdings festzustellen sei, daß die Meisterorganisationen sich mehr und mehr kapitalistische Gedankengänge mit der Spitze gegen die Gehilfen zu eigen machten. Daß diese Feststellung zutreffend ist, kann nicht bestritten werden. Es sei nur an den im Vorjahr in Guben abgehaltenen Böttcher-Bundestag erinnert, auf dem der ehemalige sächsische Finanzminister Weber mehr als notwendig gegen die Arbeiterschaft und der von ihnen erkämpften Sicherungen polemisierte.

Wir bestreiten entschieden, daß die unzweifelhaft bestehende Not im Böttcherhandwerk auf die Löhne und Soziallasten zurückzuführen ist. Es genügt allein der Hinweis, daß von den vielen selbständigen Böttchermeistern nur ein Bruchteil einen oder mehrere Arbeitnehmer beschäftigt und gezungen ist, Löhne und Sozialbeiträge zu entrichten. Würde die aufgestellte Behauptung richtig sein, dann müßte nur dieser Teil von der herrschenden Not ergriffen sein. Dem ist aber nicht so, denn auch die übrigen Böttchermeister leiden unter den gegenwärtigen Verhältnissen.

Die Wirtschaftskrise, in der wir mitten drin stehen, ist aber eine kapitalistische Krise, die verschärft wird durch die Unfähigkeit zahlreicher sogenannter Wirtschaftsführer, die nur den Profit in den Vordergrund stellen und darüber alles andere vergessen. Neben der Arbeiterschaft leidet das Handwerk in allererster Linie unter der überspitzten kapitalistischen Wirtschaftsform, denn die in ihr enthaltene Tendenz zur Kartellierung und Ver-trustung der Wirtschaft muß notwendigerweise das Kleingewerbe in starke Bedrängnis bringen. Wenn nun die Böttchermeister derartig mit Blindheit geschlagen sind und glauben, mit den vom Großkapital angewandten Methoden aus ihrer Notlage herauszukommen, dann führt dies zum weiteren Niedergang des Gewerbes. Das muß mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht werden, zumal uns bekannt ist, daß viele Böttchermeister mit uns derselben Meinung sind.

Vereinheitlichung der Fleischbeschau

Werden die Fleischbeschaugebühren in Preußen gesenkt?

Das preußische Landwirtschaftsministerium plant die einheitliche Regelung der staatlichen Fleischbeschaugebühren. Dazu hat bereits der Preußische Landtag Stellung genommen, indem er die Abänderung des § 14 Abs. 2 des Gesetzes über die Ausführung des Schlachtvieh- und Fleischbeschau-gesetzes vom 28. Juni 1902 beantragte. Nun hat der preußische Landwirtschaftsminister in einem Runderlaß zur Vereinheitlichung der Fleischbeschaugebühren Stellung genommen, so daß damit zu rechnen ist, daß sie baldmöglichst durchgeführt wird. Durch die Neuregelung der Beschaugebühren würde eine Umstellung der bisherigen Organisation in den Beschaukassen erfolgen müssen.

Inzwischen aber geht das Rätselraten um die Einführung der preußischen Schlachtsteuer weiter. So wird erklärt, der preußische Staat könne auf die Mehreinnahmen durch die Schlachtsteuer nicht verzichten, dann hört man wieder, daß doch die bessere Einsicht an Boden gewonnen hätte und auf anderen Ausgabegebieten Einsparungen vorgenommen werden. So berechtigt ein Ausgleich der Beschaugebühren ist, um so verständlicher ist es, weshalb im preußischen Ministerium noch immer an der verbraucherfeindlichen Schlachtsteuer festgehalten wird. Sachsen hat bewiesen, daß allein das Rindfleisch durch die Schlachtsteuer mit 20 Pfennig pro Pfund belastet wird. Ein wirtschaftlicher Unfug in der Zeit des „Preisabbaues“. In Bayern geht der Kampf um die Schlachtsteuer ebenfalls weiter. Alle Anträge, die eine Beseitigung der bayerschen Schlachtsteuer forderten, wurden im Verfassungsausschuß des Landtages abgelehnt. Die Gefahr der Sanktionierung der Schlachtsteuer auf lange Sicht ist deshalb nach wie vor groß, weil der bayerische Etat in kürzester Zeit zur Beratung kommt und bis zum 31. März 1932 die doppelte Schlachtsteuer erhoben werden kann. Ob wenigstens dann nach diesem Termin zum einfachen Schlachtsteuersatz zurückgegangen wird, ist fraglich.

40 Jahre Treue zum Verband



Ernst Sorns
Böttcher, Düsseldorf
Eingetreten 20. 6. 1890

Bernhard Kurschildgen
Böttcher, Düsseldorf
Eingetreten 15. 5. 1889

Wilhelm Oeser
Böttcher, Düsseldorf
Eingetreten 25. 8. 1889



Hermann Dreuse
Böttcher, Hannover
Eingetreten 5. 6. 1890

Hermann Engmann
Böttcher, Aschaffenburg
Eingetreten 2. 2. 1890

Wilhelm Fricke
Böttcher, Hannover
Eingetr. 1. 2. 1886, jetzt invalide

gerste absatzlos bei den Bauern liegen, daß die Hopfenbauern auf ihren Ernteertrag sitzen und vom Staat unterstützt werden müssen, daß die Maschinenfabriken usw. ihre Leute entlassen müssen, weil die Brauindustrie infolge des Absatzrückganges von Neuanschaffungen absieht, und das im gastronomischen Gewerbe die Arbeitslosigkeit größer als je zuvor ist, weil durch die hohen Bierpreise der Umsatz auf ein Minimum zurückgegangen ist.

Bedauerlich ist es, daß der „Vorwärts“ dies alles nicht sehen will. Und doch ist es notwendig gerade dies zu beachten, denn aus der Vielheit der geringen Erleichterungen ergibt sich eine Entlastung der öffentlichen Finanzen, die bestimmt nicht hinter der Steuersenkung zurückbleiben dürfte.

Selbstverständlich sind auch wir der Auffassung, daß die Brauereien entsprechend der gesunkenen Rohstoffpreise und der sich aus der letzten Notverordnung ergebenden Erleichterungen an der Bierpreissenkung zu beteiligen sind. Wenn diese entsprechend den Vorschlägen des „Vorwärts“ in Höhe von 5 Mark pro Hektoliter eintritt, dann wird im Ausschank das Glas Bier im Höchstfall um 2 Pfennige gesenkt werden. Damit ist natürlich ein Mehrkonsum nicht zu erzielen und damit auch keine der so notwendigen Erleichterungen für die zahlreichen Industrien.

Wer über andere Schlechtes hört,
Soll es nicht weiter noch verkünden.
Gar schnell ist Menschenglück zerstört,
Doch Menschenglück ist schwer zu finden.
Otto Schmelzer

Unternehmersegen der Rationalisierung

Was das Internationale Arbeitsamt dazu sagt.

Das Internationale Arbeitsamt beschäftigte sich mit der Durchführung der 40-Stunden-Woche auf internationaler Grundlage und hat seine Erhebungen über die Rationalisierung in den einzelnen Staaten in einem Werke über die sozialen Gesichtspunkte der Rationalisierung zusammengefaßt. Es liefert einen interessanten Beitrag zur Frage der Arbeitsleistung der Arbeiterschaft und der damit verbundenen Arbeitsertragssteigerung. So hatte allein die Maßnahme der Berufsausslese zur Folge, daß die Leistungen um 10 bis 40 Proz. gesteigert wurden, und bei den Maßnahmen zur Berufsausbildung war sogar eine Mehrleistung von 27 bis 200 Proz. festgestellt. Unter technischer Rationalisierung versteht man gemeinhin Rationalisierung der Bewegung, die eine Leistungssteigerung von 20 bis 700 Proz. (1) brachte und die Rationalisierung am laufenden Band ergab eine solche von 40 bis 260 Proz. Bei der Frage der Rationalisierung handelt es sich aber nicht nur allein um Maßnahmen des technischen Ausbaus der Betriebe als vielmehr auch um solche, durch anreizende Entlohnungsmethoden, wie Prämienzulagen, Akkordlöhne usw. aus dem Arbeiter das nur irgend Denkbare herauszuholen. Diese „Anreizmethoden“ brachten es mit sich, daß Leistungssteigerungen von 15 bis 300 Proz. erzielt wurden. Typisch dagegen ist die Tatsache, daß durch die Einführung von zweckmäßigen Pausen Leistungssteigerungen von nur 2,8 bis 33 Proz. zu verzeichnen sind, woraus zu schließen ist, daß selbst eine eingelegte Pause dem Arbeiter doch nicht die nötige Ruhe bringen kann, die sich infolge des mörderischen Arbeitstempos notwendig machte.

In diesem Zusammenhange muß des weiteren erwähnt werden, wie volkswirtschaftlich wertvoll die Bestrebungen der Gewerkschaften, eine Verbesserung der Arbeitsräume und der Arbeitsplätze und -verhältnisse zu erzielen, sind, denn allein diesen Maßnahmen ist es zu danken, daß die Leistungssteigerung 60 bzw. 30 bis 40 Proz. beträgt. Die Verbesserung der Betriebsausrüstung allein ergab eine Leistungssteigerung von 36 bis 159 Proz.

Legt man nun die durch Rationalisierungsmaßnahmen erfolgten Leistungssteigerungen auf die einzelnen Länder der Welt um, so hält in den Jahren 1925 bis 1928 Deutschland mit 26 bis 100 Proz. den „Rationalisierungsrekord“. Ihm folgt Oesterreich mit 27 bis 78 Proz., die Vereinigten Staaten mit 27 Proz. und England mit 11 Proz. An diese wert-

vollen Feststellungen knüpft das Internationale Arbeitsamt die Frage, „welches sind die Vorteile dieser ungeheuren Leistungssteigerung für den Arbeiter?“ und betont erneut die Berechtigung der Verkürzung der Arbeitszeit und die Einführung der 40-Stunden-Woche.

Die Darlegungen des IAA. widerlegt auch gleichzeitig die von Unternehmerseite aufgestellten Behauptungen, daß sich die durchgeführte Rationalisierung nicht zum Schaden der Arbeiterschaft ausgewirkt habe. Woraus wiederum hervorgeht, daß das Unternehmertum ein glänzendes Geschäft gemacht hat und die Arbeiterschaft am Segen der Rationalisierung nicht beteiligt war. Rationalisierung bedeutet bessere Ausgestaltung und Ausnutzung der Betriebe und Arbeitsmethoden und andererseits eine höhere Gewinnquote. Wenn nun, entgegen jeder gesunden wirtschaftlichen Vernunft, die Löhne zurückgeschraubt werden, dann bleibt der Unternehmergewinn gleich, weil die Verbilligung des Produkts nur auf Kosten des Arbeiters geht, während der Unternehmer noch als besonderes Plus den Rationalisierungsgewinn in seine Tasche fließen läßt.

Wünschen, kämpfen und handeln

Mit dem Wunsch „Allen ein gutes, besseres, neues Jahr“ haben wir schon wieder einen großen Schritt ins neue Jahr hinein gemacht. Daß es mit den Wünschen immer schlecht bestellt ist, ist eine altbekannte Tatsache. Nur wer sich wenig wünscht, wird nicht enttäuscht werden. Der aufgeklärte Gewerkschafter gibt nichts auf Wünsche, denn er weiß, daß das Leben kämpfen heißt und noch keine einzige Regelung und Besserung seines Loses ohne sein Zutun, ohne Kampf entstanden ist.

Des Arbeiters Berufstüchtigkeit, Arbeitsstellung, Lohn, Achtung, Familien-, Wohnungs- und Lebensverhältnisse, Aufstieg in höhere Bildungskreise, sind Ergebnisse eines zähen Kampfes mit den Widerwärtigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft, die nur für den Reichen Rechte und für die anderen Pflichten kennt.

Von dieser Erkenntnis durchdrungen gibt es auch in der jetzigen schweren Zeit für die organisierte Arbeiterschaft keine andere Losung als, trotz alledem, den Kopf hoch!

Nur wer sich selbst aufgibt, geht unter. Die Kapitalistenclique wartet schon und sie glaubt auch, daß die Arbeiterschaft zu Kreuze kriecht und bittend und flehend jede Arbeit verrichtet, ohne zu fragen, was dafür bezahlt wird. Diese Hoffnung hatte sie bei Kriegsausbruch, bei der Inflation und bei der Entstehung der Weltkrise als sicher gehegt. Ihre Hoffnung ist bisher immer zuschanden geworden und wird auch diesmal zuschanden werden. Die Ge-

werkschaften haben es immer noch verstanden, den Uebermut der Kapitalisten zurückzudrängen. Sie haben sich trotz der großen Nöte dieser Zeiten behauptet und alle Anschläge auf das Koalitionsrecht durch die Soldknechte des Großkapitals, abgewehrt. In gleicher Weise gilt es jetzt trotz gesetzlichem Lohnabbau und ungeheurer Arbeitslosigkeit erst recht, nachdem das kapitalistische System in allen Fugen kracht, die Geschlossenheit der Gewerkschaften hochzuhalten. Immer wieder muß sich die Arbeiterschaft darüber klar sein, daß die Zeit, die wir jetzt durchleben, die Folge der Kriegshetze von 1914 ist. Die gleiche Hetze wird jetzt von den Nazis gegen die vorwärtsstrebende Arbeiterschaft betrieben. Was Weltkrieg und Inflation nicht fertigbrachten, soll Weltkrise mit mörderischem Bürgerkrieg fertigbringen. Die Arbeiterschaft in ihrem Aufstieg zu hindern, um fünfzig Jahre zurückzuwerfen, ist das Ziel dieser Söldlinge. Jedem Gewerkschafter kann nicht oft genug ins Gewissen geredet werden, daß er Phrasendreschern kein Gehör schenken darf. Der überlegen denkende Arbeiter versteht die Taktik der Gewerkschaften.

Nur wer sein eigenes Tun und Treiben in sein Gesichtsfeld stellt, wird die Zeit verstehen, in der wir leben. Sich selbst in allem zurückhalten und von den anderen in dieser Zeit Unmenschliches verlangen ist nur bei indifferenten Menschen möglich. In solidarischer Kampfbereitschaft, die eher als mancher glaubt, zur Wiederanwendung kommen wird, gilt es über die Monate der Notverordnung hinwegzukommen.

Sich nicht nur vorbereiten, sondern einzutreten als Kämpfer für den Preisabbau, ist das Gebot der Stunde. Wenn den Werkträgern die Löhne und Gehälter zum Zweck der Preissenkung verkürzt werden, muß die Preissenkung auf dem Fuße folgen. Kontrolliert die Preise ist unsere Losung. Wendet euch gegen die hohen Preise. Drückt die Preise bei allem und jeden Einkauf.

Nur so werden wir den Herrschaften das Ungehauerliche, das sie der Arbeiterschaft angetan haben, klarmachen, daß sie mit dem 10- und 15proz. Lohnabbau mindestens einen 25proz. Preisabbau in den Kauf nehmen müssen. Denn alle Preise stehen heute noch bedeutend höher und sind mit den heutigen Löhnen nicht vergleichbar.

Wird die Preissenkung nicht fühlbar, so ist der Lohnkampf unabwendbar. Den Lohnkampf wieder wie früher erfolgreich zu gestalten, die breiten Massen wieder für denselben zu gewinnen, ist Aufgabe jedes einzelnen Verbandsmitgliedes. In dieser Hinsicht am Jahresanfang klaren Sinn in die Köpfe und frischen Mut in die Herzen der Gewerkschaftsmitglieder einzupflanzen, muß das Ziel der nächsten Zeit sein.

Nicht Murren und Klagen, sondern Aufklären und Handeln führt zum Ziel.
H. G.

Der Abschied

Aus dem neuen Buche „Regierung“ von G. Traven, das bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, erscheint, bringen wir diese Erzählung vom Abschied eines Indianers, der in Gefangenschaft geführt wird. Das neue Travenbuch wird nur an Mitglieder der Büchergilde abgegeben.

Gregorio, der Indianer, nahm seinen schweren Packen auf und machte sich auf den Marsch voraus. Seine Frau war mit den Kindern weit auf dem Wege vorangegangen, um dort, wo der Pfad in den Busch einbog, von ihm Abschied zu nehmen.

Hier hockte die Frau mit ihrem Säugling an der Brust, ihren Mann erwartend. Die übrigen Kinder, drei waren es, herumtrollend in ihrer Nähe.

Die Frau, nach Indianerart auf den Boden gehockt, weinte still vor sich hin, dabei den Oberkörper hin und her wiegend in einem Rhythmus, der gewiß im Einklang stand mit der schmerzlichen Bewegung in ihrem Gemüt. Sie preßte und herzte ihren Säugling an sich und ließ ihn wieder ein wenig frei im gleichen Rhythmus. Es war, als ob all ihr Schmerz sich nur auf das Kleine bezog. In dem Kinde äußerte sie ihre körperliche Empfindung, die sie ihrem Manne gegenüber nicht zeigen wollte, vielleicht nicht zeigen konnte.

Da kam Gregorio seines Weges, in einem wiegenden Schritt, reichlich gebückt unter der Last seines Packens.

Weil er nicht ansah, sondern infolge seines Traggurtes, der über seiner Stirn lag, nur einige Schritte weit vor sich sehen konnte, ohne weit nach rechts oder links blicken zu können, hatte er seine Frau nicht bemerkt.

Als er nur gerade noch drei Schritte von ihr entfernt war und anfrunkte, um die Last besser verteilen zu können, sah er seine Frau am Pfade hocken.

„Hui!“ rief er kurz aus.

Er war erstaunt, sie hier zu sehen.

Er hielt seinen Schritt an, tat jedoch nur eine halbe Wendung zu ihr hin, als ob er andeuten wollte, daß er nicht die Absicht habe, stehen zu bleiben oder gar zu rasten.

Die Frau hielt ihren Säugling hoch, als wolle sie ihn ihrem Manne zureichen, damit er ihn noch einmal sehen möchte.

Ihre Brust war bloß. Sie bemerkte es und nestelte ihr Jäckchen zu, ohne es aber zu schließen, weil sie es zu hastig tat in ihrer Bewegung.

Sie richtete sich nun ein wenig auf und kniete, immer noch ihr Kind ihrem Manne hinhaltend. Dann begann sie zu schreien wie ein Tier. Ihr Gesicht, nicht gewaschen und dick aufgedunsen von nächtelangem Weinen, verzog sich zu einer Unbestimmtheit, die nur noch die Form eines weit geöffneten, bläulichroten Mundes mit kräftigen Zähnen hatte. Ihre schwarzen Augen waren nur zwei dünne Striche, aus denen sich dicke Tränen drängten. Ihr dickes schwarzes Haar war zerzaust und zerraut und stand in verfilzten Strähnen nach allen Richtungen hin auseinander wie die dünnen Aestchen eines unentwirrbaren Strauches im Dschungel. Ihre kleine kurze Nase zog sich breit auseinander, und die an sich schon sehr weiten gesunden Öffnungen erschienen wie Höhlengänge zu den Mysterien einer unbekanntem Welt, die hinter der braunroten wetherharten Haut ihres Gesichtes begann.

In langen gezogenen Strömen schrie sie den Klageschrei der indianischen Frau hinaus in die Unerbittlichkeit einer Umwelt, in die der Mensch gesetzt wird, zu seiner ewigen Not, behaftet mit körperlichen und seelischen Gefühlen, beklagenswerter als ein stumpfes Tier, das beneidenswert ist, keine Gefühle gegenüber der Zukunft zu haben.

Es brauchte ihr niemand zu sagen: Ihr Mann wurde ihr genommen, um nie wieder zu ihr zurückzukehren.

Wie ein Schaf, das vom Viehhändler aus dem Ort geführt wird, nie mehr zurückkommt. Ein Tier, das sprechen und lachen konnte, aber keine Seele hatte nach der Meinung derer, die über ihm zu Gericht saßen und es regierten. Dreckig, verlaust, katholisch getauft, aber dennoch Heide, ungebildeter als ein Hund, gierig nach Branntwein, arbeitsgewohnte Hände hart wie Ebenholz, das Haar auf dem Kopfe durchgeschneuert von den rohen Trägern schwerer Lasten, durchgeschneuert und kahl wie die Druckstellen auf dem Rücken eines Lastmules. Eine Ziffer im Schlachthaus der Launen derer, die Land und Rasse beherrschten.

Die Frau kannte die Zusammenhänge, die ihr Schicksal bestimmten, so wenig, wie ihr Mann sie

kannte. Und so wenig wie eine Kuh, die von dem Händler über Land getrieben wird, um im Fleischerladen zu landen, daran denkt, an geeigneter Stelle fortzulaufen, so wenig denkt die Frau daran, daß ihr Mann zurückkommen könnte. Sie sieht, wie Vieh fortgebracht wird, und weiß sie aus hundert Erfahrungen weiß, daß die großen Patronitos, die Herrchen mit dem Revolver im Gürtel, keinen Unterschied kennen oder machen zwischen Vieh und Indianer, darum weiß sie, daß sie ihren Mann zum letzten Male hier sieht.

In ihrem gellenden Jammer ist kein Gedanke verborgen, der sich egoistisch auf sie selbst bezieht, was aus ihr und aus den Kindern werden soll. Das berührt sie nicht. Die Kinder wurden ihr geboren, und die Kinder werden essen und leben. Das Morgen ist weit, und wenn es kommt, wird sich der Tisch decken.

Ihr Jammer ist jetzt in seiner vulkanischen Kraft nur auf das Schicksal ihres Mannes gerichtet. Ihr Mann ist ihr in ihrem Herzeleid weder Bettgenosse noch der Versorger ihrer Kinder. Das ist wenig. Darum würde sie keinen Schrei ausstoßen, vielleicht kaum die Mundwinkel verziehen.

Aber ihr Mann ist der Vater ihrer Kinder, die ihr Herzblut sind. Ihren Kindern wird die Gottheit genommen in ihm. Den Kindern wird der Altar zerstört, an dem sie beten. Und für sie selbst, die Frau, wird der Mittelpunkt ihres Lebens zerstört. Ihr Mann mag ein Trunkenbold sein, er mag sie schlagen, er mag sie arbeiten lassen bis an das Ende ihrer Kräfte; aber trotz alledem, er ist der Kernpunkt ihres Seins. All ihr Denken, Handeln und Sorgen sammelt sich auf ihn, er ist ihre Religion, ihr Herr, ihr einziger Freund und ihr treuester Kamerad. Er ist ihre wahre Heimat. Er ist das einzige Vaterland, das sie kennt. Mit ihm und durch ihn ist die Welt um sie herum belebt. Ohne ihn bricht die Welt in Stücke. Nicht ihre wirtschaftlichen Probleme sind mit ihm verknüpft. Diese Probleme vermag sie mit Hilfe der Sinne zu lösen, schwer vielleicht, aber doch mit gewisser Sicherheit. Es sind ihre seelischen Probleme, die ohne ihn leer und verschwommen werden. So wie unpersönliche Menschen in ihrer Seele leer werden, wenn ihnen ihr Gott oder ihr Götze oder ihre Heiligen genommen werden.
(Schluß folgt.)

Schiele gegen Preissenkung

Die Großhandelspreise für Butter haben in den letzten Monaten stark nachgegeben. Sie sind für 1. Sorte in Berlin vom Januar 1931 bis Januar 1932 von 141 auf 105 RM. pro Zentner zurückgegangen. Damit ist der Vorkriegspreis unterschritten. Bei den Kleinhandelspreisen hat sich die Preissenkung nicht in dem starken Maße ausgewirkt, worauf zurückzuführen ist, daß trotz der gesunkenen Preise, und zwar infolge der allgemeinen Lohnkürzungen, die Nachfrage nach Butter immer geringer wurde. Die Butter erzeugenden Betriebe fordern angesichts dieser nach unten gehenden Preisentwicklung Maßnahmen, die dem entgegenwirken sollen. Der Ernährungsminister Schiele, dem dieses Verlangen vortragen wurde, hat nun nichts anderes im Sinn, als die Butterzölle, die bereits im Sommer 1930 erhöht wurden, zu verdoppeln. Er glaubt damit die Zufuhr der ausländischen, hauptsächlich dänischen Butter abstoppen zu können. Inwieweit das möglich ist, mag dahingestellt bleiben, es darf nämlich nicht vergessen werden, daß die Währung in Dänemark stark nachgegeben hat und daß demzufolge die Wirkung der Zollerhöhung problematisch bleibt.

Eine Butterzollerhöhung würde auch einen heute in seiner Tragweite noch nicht abzusehenden Konflikt mit Dänemark auslösen. Dänemark führt zahlreiche deutsche Industriewaren ein, gegen die sich sofort die dortige Landwirtschaft wenden würde. Für die deutsche Industrie ist es aber nicht gleichgültig, einen Kunden zu verlieren. Allein dieser Gesichtspunkt sollte die Regierung veranlassen, den Weg der Zollerhöhung nicht zu gehen, sondern durch Herabsetzung der Futtermittelzölle die Rentabilität der Viehmast und der Milchwirtschaft zu erhöhen. Ein durch Zollerhöhung künstlich heraufgesetzter Butterpreis dürfte bestimmt auch nicht die erwartete Wirkung haben, weil sich automatisch der Butterumsatz senken würde. Im übrigen läuft eine Preiserhöhung für Butter der im Gange befindlichen Preissenkungskampagne zuwider.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in unseren Berufen im Dezember 1931

Wie allgemein, so hat auch in den Berufen der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie die Arbeitsmarktlage eine weitere Verschlechterung erfahren. Die Zahl der Arbeitslosen ist in allen Industriegruppen des Verbandes weiter gestiegen; auch die Kurzarbeit hat einen größeren Umfang angenommen. In den Brauereien ist für eine große Anzahl der Beschäftigten auf tariflichem Wege die Fünftage- bzw. Vierzigstundenwoche vereinbart worden; in vielen Betrieben ist die Arbeitszeit noch weit unter 40 Stunden verkürzt. Für die insgesamt 58 179 kurzbeschäftigten Verbandsmitglieder war die wöchentliche Arbeitszeit verkürzt: Bis zu 8 Stunden für 39 978, bis zu 16 Stunden für 11 222, bis zu 24 Stunden für 5225 und um mehr als 24 Stunden für 1754 Personen. Wenn man hierzu noch die erfolgten Lohnkürzungen auf Grund der Notverordnung berücksichtigt, dann kann man ermessen, in welchem ungeheuren Ausmaße die Arbeiterschaft in ihrer Kaufkraft heruntergebracht worden ist. Auf die einzelnen Industriegruppen verteilt sieht die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit der Mitglieder wie folgt:

Industrie- gruppe	Arbeitslose		Kurzarbeiter	
	Nov.	Dez.	Nov.	Dez.
Getränkeindustrie . . .	12 009	12 512	44 418	43 421*)
Süßwarenindustrie . . .	5 272	6 252	5 767	6 218
Bäcker und Konditoren . .	6 075	6 470	2 579	2 566
Fleischer	3 996	4 265	2 314	2 978
Müller	2 169	2 434	1 411	1 578
Böttcher und Weinküfer . .	2 565	2 936	1 138	1 418
	32 086	34 869	57 627	58 179

Die Berichte der Arbeitsnachweise an die Landesarbeitsämter vervollständigen dieses düstere Bild in recht krasser Weise. Im Bäcker- und Konditorgewerbe entfielen im November 1931 (für Dezember liegen die amtlichen Feststellungen noch nicht vor) auf je 100 offene Stellen nicht weniger als 2696 Arbeitsgesuche! Gemeldete offene Stellen 1872, vermittelt 1824; eingetragene Arbeitsgesuche im Laufe des Monats 50 477; vorhandene Arbeitslose am Schluß des Monats 42 949. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Fleischergewerbe. Hier entfielen auf je 100 offene Stellen 2158 Arbeitsgesuche; offene Stellen 1203, vermittelt 1162; eingetragene Arbeitsgesuche im Laufe des Monats 25 965; am Monatsschluß verblieben 22 006 Arbeitslose.

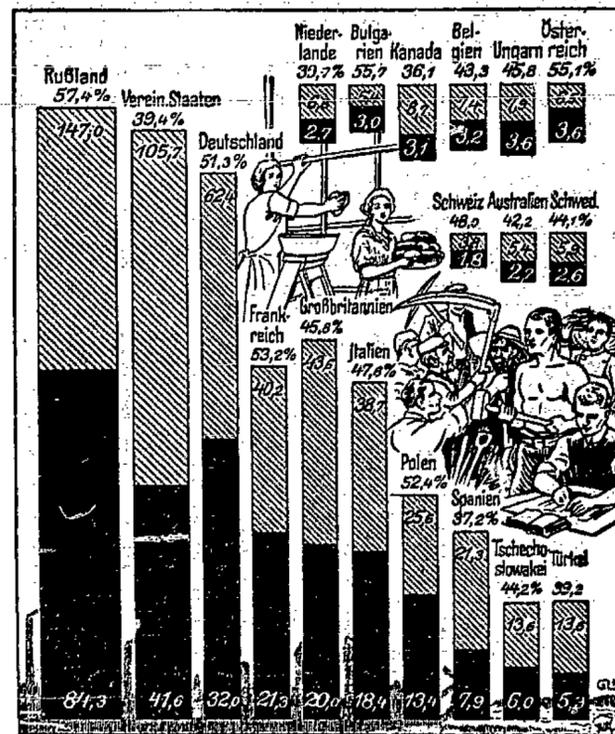
Entrechtung der Kriegsoffer

Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 enthält in ihrem 5. Teil Kapitel IV Abschnitt I unter dem Titel „Gemeinsame Vorschriften“ Bestimmungen, die vielen Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen neue unerwartete und unerträgliche Einschränkungen in ihrer Lebenshaltung gebracht und die sozialversicherten Kriegsoffer teilweise rechtlos gemacht haben.

*) Darunter für rund 25000 Mitglieder in den Brauereien die Fünftage- bzw. Vierzigstundenwoche tariflich vereinbart.

Die Kriegerwaisen und die sie unterhaltenden Angehörigen werden zunächst dadurch hart betroffen, daß grundsätzlich für Kinder über das vollendete 15. Lebensjahr hinaus Kinderzuschüsse und Waisenrenten aus der Sozialversicherung nicht mehr gewährt werden und daß Stiefkinder und Enkel diese Leistungen überhaupt nicht mehr erhalten können. Durch den Fortfall dieser Bezüge wird die Berufsausbildung im höchsten Grade gefährdet und ferner die wirtschaftliche Grundlage vieler Kriegerfamilien zerstört.

Zwar ist auf den vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen



Die Erwerbstätigen unter der Gesamtbevölkerung. Die Zahlen unter den Ländernamen geben den Prozentsatz der Erwerbstätigen von der Gesamtbevölkerung, die oberen Zahlen in den Säulen die Gesamtbevölkerung (in Mill.) und die unteren (weißen) Zahlen die Anzahl der Erwerbstätigen (in Millionen) an.

Neben Gründen wirtschaftspolitischer Natur, neben Rationalisierungs- und anderen Fragen hat auch die Zunahme der erwerbstätigen Bevölkerung in den meisten Ländern erheblich zur Steigerung der Arbeitslosigkeit beigetragen. In unserer Bildstatistik geben wir eine Uebersicht des Prozentsatzes der Erwerbstätigen von der Gesamtbevölkerung der wichtigsten Länder. Nicht zu den Erwerbstätigen zählen — abgesehen von den noch nicht oder nicht mehr am Erwerbsleben Beteiligten und den wegen Gebrechlichkeit Arbeitsunfähigen — die Hausfrauen ohne eigenen Beruf, die von eigenem Vermögen, von Pensionen, Renten oder dergleichen Lebenden sowie Insassen von Anstalten. Im allgemeinen stellen die Zahlen der einzelnen Länder nur Annäherungswerte dar, da sowohl die Grundbegriffe als auch die Berufsanzahlungen für die Zählung der Erwerbstätigen in den verschiedenen Ländern stark abweichen.

beim Reichspräsidenten, Reichskanzler und Reichsarbeitsminister eingelegten Protest der Betrag von 25 Mk. der Kriegsofferrente anrechnungsfrei geblieben; auch werden die Zusatzrente, die Pflegezulage und die Führerhundzulage nicht in Anrechnung gebracht, aber trotzdem bleibt die Anrechnung der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenrenten auf die durch Beitragsleistungen wohl erworbenen Rechte aus der Sozialversicherung eine harte Ungerechtigkeit.

In einer vom Bundesvorstand und Bundesausschuß des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten angenommenen Entschließung wird mit Recht festgestellt, daß diese gegen die Bedürftigsten der Kriegsoffer durchgeführten Maßnahmen den versicherungsrechtlichen Grundsatz von Leistung und Gegenleistung aufheben, gegen Treu und Glauben verstoßen und für die Kriegsoffer erneut eine Beschränkung der mit Blut erworbenen Rechte bedeuten.

Gegen die Entrechtung der sozialversicherten Kriegsoffer muß deshalb schärfstens protestiert werden. Es geht nicht an, den Kriegsoffern die durch Beitragsleistung nach Erfüllung der Anwartschaft erworbenen Ansprüche auf Invalidenrente durch Notverordnung oder andere gesetzliche Maßnahmen zu rauben. Die Renten der Kriegsoffer aus der Reichsversorgung gründen sich nicht auf Rechtsansprüche versicherungsrechtlicher Art, sondern sind als Abgeltung für die im Kriege und während des Militärdienstes erlittenen Schäden auf Grund eines Schadenersatzanspruches gegen die Allgemeinheit aufzufassen. Der Anspruch auf Invalidenrente hingegen ist ein Sonderrecht, das durch Beitragsleistung nach Erfüllung der Anwartschaft erworben ist und mit den Leistungen aus der Reichsversorgung keinerlei Zusammenhang hat.

Sind doch auch noch nach Feststellung einer Rente aus der Reichsversorgung von den meisten Kriegsbeschädigten Beiträge zur Invalidenversicherung entrichtet worden, um die Anwartschaft für den Fall der Invalidität aufrechtzuerhalten.

Würde eine Anrechnung oder gar ein Ruhen der Invalidenrente dann einzutreten haben, wenn neben der Invalidenrente Renten aus der Reichsversorgung zahlbar sind, so wäre damit eine Versicherung an sich von vornherein zwecklos und eine Befreiung angebracht gewesen. Ein allgemeiner versicherungsrechtlicher Grundsatz schreibt sogar vor, daß in solchen Fällen die Versicherungsbeiträge zurückerstattet werden müssen.

Mit der Zurückerstattung der Beiträge wäre aber den versicherten Kriegsbeschädigten nicht gedient. Sie haben sich auf Grund der Pflichtversicherung oder auf Grund freiwilliger Entschließung versichert, um, wie jeder andere Staatsbürger, der nicht seine Gesundheit im Kriege gelassen hat, im Falle der Invalidität vor Not geschützt zu sein. Dasselbe gilt auch für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen bzw. für die Hinterbliebenen der nach Kriegsschluß verstorbenen Rentenempfänger.

Jedes Vertrauen zur staatlichen Autorität und zur Gerechtigkeit muß schwinden, wenn den sozialversicherten Kriegsoffern ihre durch Beitragsleistung erworbenen Rechte nicht so schnell wie möglich wiedergegeben werden. Der Forderung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten nach Wiederherstellung des vor Erlass der Notverordnungen in der Reichsversorgung und Reichsversicherung geltenden Rechtszustandes können wir uns daher nur anschließen.

Agitationsmaterial im Verbandskalender

Alljährlich zum Jahreswechsel wird jedem Verbandsmitglied gegen ein kleines Entgelt der Verbandskalender überreicht. Er ist der stete Begleiter jedes einzelnen, in dem die am wichtigsten erscheinenden Ereignisse des Jahres gesammelt sind. Ist er nicht mehr? Nehmen wir doch mal den neuen Verbandskalender, der 128 Seiten umfaßt, zur Hand.

Die Einleitung auf der dritten Seite mit dem Gedicht „Wir sind der Sturm“ läßt uns schon den höheren Zweck ahnen. Dann folgt „Postalisches“ und von Seite 5 bis 61 die Gliederung des Jahres in Tage mit Raum zur oben erwähnten Verwendung. Der Inhalt der nachstehenden Seiten 62 bis 128 macht den Kalender erst zu dem, was er sein soll, nämlich „Verbandskalender“. Hier wird uns der Werdegang des Verbandes in Form der wichtigsten Zeitangaben von den ersten Anfängen 1886 bis zur Gegenwart vor Augen geführt. Der folgende Abschnitt „Der Verband im Krisenjahr 1930“ ist das Kernstück; er enthält das Wesentlichste unseres Verbandes in Verbindung mit der Gesamtsituation der Wirtschaft. In kurzer, aber trefflicher und für jeden von uns verständlicher Form werden hier die Auswirkungen des unheilbringenden Kapitalismus, unser Kampf in diesem und unsere Erfolge dargetan. Des weiteren wird zu der Lage der freien Gewerkschaften als Gesamtheit Stellung genommen. Trotz der wenigen zur Verfügung stehenden Seiten ist hier ihre große Bedeutung für die Arbeiterschaft sofort erkennbar. Den Tatsachen der Sozialversicherung und ihren Unterarten sowie gesundheitlichen Regeln und sonstigem ist der folgende Raum gewidmet. Den Abschluß bilden wissenswerte geschichtliche Ereignisse, anschließend ein Adressenverzeichnis unserer Gau- und Bezirksbüros.

Mit diesem reichhaltigen, wertvollen Inhalt verfügt jedes Verbandsmitglied über unentbehrliches objektives Agitationsmaterial. In Zeiten schlimmster Reaktion, wie die jetzige, ist dies um so notwendiger, abgesehen davon, daß wir uns selbst durch öfteren Einblick ohne große Mühe ein klares Bild über die Kompetenzen unseres Verbandes verschaffen. So gesehen, ist also der Verbandskalender nicht nur ein steter Begleiter als Tagebuch, sondern auch eine unentbehrliche Angriffs- und Abwehrwaffe im heutigen Kampf.

E. Voigt.

Na also!

Schwerindustrieller Thyssen beglückwünscht Hitler.

Die Nazis, die augenblicklich ihre Agitation in die Betriebe verlegen wollen, um in die „marxistische“ Front einzubrechen, werden überall kühler Ablehnung durch die Arbeiterschaft begegnen. Wie könnte es auch anders sein, da die Nazis lediglich nur das Geschäft der Schwerindustriellen und Reaktionäre besorgen, sich dafür schwer bezahlen lassen und auch sonst die moralische Unterstützung des Unternehmertums genießen. Ein Symptom für die Nazibewegung, eine neue Tatsache, was für große Hoffnungen die Schwerindustrie auf Hitler setzt, beweist die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, das Zentralblatt für die deutschen Arbeitgeber, Nr. 1. Unter der Schlagzeilenüberschrift „Einigkeit und Recht und Freiheit“ befindet sich eine

Neujahrsgatulation des Industriekapitäns Fritz Thyssen, in der es heißt:

„Die Erkenntnis wächst auch in den Kreisen der Wirtschaft, daß eine gesunde Wirtschaft in einem kranken Staate nicht gedeihen kann. Adolf Hitler hat hundertmal recht, wenn er in seinem großen Werk „Mein Kampf“ schreibt: „Die Freiheit nach außen gab das tägliche Brot im Inneren.“ Und dann sagt Thyssen weiter: „Das Gefühl hier für in vielen Millionen Deutschen wieder erweckt zu haben, ist das unsterbliche Verdienst Hitlers. Darum wünsche ich, daß sein unermüdlicher Kampf um Deutschland von Erfolg gekrönt sein möge.“

Diesen Glückwunsch Thyssens an Hitler muß man richtig genießen. Er offenbart nicht nur, wie stark das Unternehmertum mit Hitler rechnet, sondern zeigt auch, daß Hitler der kommende Mann der Schwerindustrie ist. Und eine solche Partei, der Hitler vorsteht, nennt sich „Arbeiterpartei“. Die Arbeiterschaft mag gewarnt sein, ihm weiter nachzulaufen. Einer Frage bedarf es aber noch. Wäre es denkbar, daß ein Industriekapitän wie Thyssen etwa der SPD, oder der KPD, oder irgendeiner anerkannten Gewerkschaftsrichtung so begeistert seine Glückwünsche darbringt? Nun, das wäre einfach unmöglich, weil sie ja die geschworenen Feinde des Unternehmertums sind! Um so aufschlußreicher ist es, wenn ein Schwerindustrieller der Nazi-„Arbeiterpartei“ gratuliert. Hier zeigt sich dreckigste politische Geschäftemacherei Hitlers, der die Arbeiterschaft benötigt, um das Geschäft der Unternehmer späterhin ungestraft besorgen zu können. Schon längst sind die Größen der Hitlerpartei mit dem Unternehmertum seelenverwandt, mit der Arbeiterschaft aber hat dieses Vabanquespiel nichts zu tun!

Unsere Zeitschriften

Mit der Nr. 1 des neuen Jahrganges stellt sich die „Fleischer-Fachzeitschrift“ dem Leser ebenfalls mit einem neuen Gesicht vor. Es wurde der Schriftcharakter geändert und zur Antiquaschrift übergegangen; auch der Kopf ist dem Rhythmus unserer Zeit angepaßt. Unser neuer Zeitungskopf symbolisiert die Technik und mit ihr das aufstrebende Gewerbe und zeigt einen Ausschnitt aus der Großindustrie. Schlachtvorgang und die im Hintergrund stehenden Mikroskope ergänzen sich gegenseitig und weisen auf das wichtige Gebiet der Fleischbeschau und Trichinenschau hin.

Die Nr. 1 behandelt folgende Wissensgebiete: Unterbindung der Blutgerinnung und Konservierung des Blutes; die Viehwirtschaft der Vereinigten Staaten; Zerknall bei Kühlanlagen; Zwiebel und Knoblauch; Salz- und Pökeltabelle; Dosenkonservierung von Eiern, und den technischen und fachwissenschaftlichen Teil. Das Titelbild veranschaulicht die Verwendung der Schlachtnebenprodukte und dürfte in dieser Darstellung eigenartig sein. Die „Fleischer-Fachzeitschrift“ wird von den Ortsverwaltungen und Unterkassierern an die Mitglieder unentgeltlich verabfolgt.

Technik und Wirtschaftswesen. Das an die Ortsgruppen zum Versand gekommene Januarheft dieser Fachzeitschrift für die Beschäftigten in den Getreide, Mehl, Zucker und Kakao-verarbeitenden Industrien enthält wieder eine Reihe sehr interessanter und lehrreicher Abhandlungen, von denen hier nur die folgenden hervorgehoben seien: Der Walzenstuhl im 20. Jahrhundert; die Mehlbestandteile in ihrer Bedeutung für die Lagerfähigkeit, Teigansbeute und Gärfähigkeit; der Zucker als Handelsware unter besonderer Berücksichtigung des Backgewerbes; Bäckerei und Mülerei im Orient; Beobachtung der Hefearbeit mit zahlreichen praktischen Versuchen; Feuer- und Explosionsgefahren durch Treibriemen-Elektrizität; Nahrungsmittelrechtliche Fragen (Bestimmungen über den Verkehr mit Kakao, Schokolade und Schokoladewaren, Konservierung von Marzipan, Persipan und Makronenmasse, Karlsbader Oblaten usw.); Technisch-wissenschaftliche Umschau; Arbeitsweise und -material; Rohstoffmarkt; Aus Gewerbe und Industrie; Patente; Literatur. — Insbesondere für die Müllerkollegen bringt diese Zeitschrift, den häufig geäußerten Wünschen nachkommend, jetzt eine Reihe von Aufsätzen über Mathematisches aus der Praxis, wie Uebersetzungen von Stim- und Kegebrädem, Riemenscheiben, Flächen-, Körper-, Gewicht-, Leistungsberechnungen von Kraft- und Mülereimaschinen usw. Das außerordentlich inhaltreiche Heft ist für 15 Pf. bei sämtlichen Ortsgruppen und Vertrauensleuten erhältlich.

Einbanddecken für den Jahrgang 1931 sind zum Preise von 50 Pf. zu beziehen. Bestellungen müssen umgehend angegegeben werden.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Ausschüsse. Auf Antrag der Ortsgruppe Brandenburg a. d. H. wird Johann Sommer, Böttcherehilfsarbeiter, geboren am 17. Februar 1895 in Baßbeck, Buchnummer 60 021, wegen Verbandsschädigung ausgeschlossen.

Auf Antrag der Ortsgruppe Magdeburg wird Horst Rehdantz, Müller, geboren am 17. Februar 1907 in Thale, Buchnummer 72 979, wegen Verbandsschädigung ausgeschlossen.

Auf Antrag der Ortsgruppe Flensburg wird J. Leonhardt, Müller, geboren am 20. November 1900 in Hamburg-Barmbeck, Buchnummer 102 580, wegen Verbandsschädigung ausgeschlossen.

Das Umschreiben der Mitgliedsbücher geschieht nach dem Eingang der Reihe nach, es sind daher Anfragen, wo die Bücher bleiben oder ähnliches, zwecklos.

Ungültig erklärt wird das Mitgliedsbuch Nr. 46 952 für Emma Leue, geboren am 11. Dezember 1893, eingetreten am 15. November 1918 in Leipzig. Beim Vorzeigen einziehen und an den Vorstandsvorstand einbringen.

Lokalbeiträge. Ingolstadt. Die Lokalbeiträge werden mit Wirkung ab 5. Woche 1932 von 10 Pf. auf 5 Pf. herabgesetzt.

Rudolstadt i. Th. Die Lokalbeiträge werden mit Wirkung ab 5. Woche 1932 von 20 auf 10 Pf. herabgesetzt.
Der Vorstandsvorstand.

Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 8. Januar bis 14. Januar 1932.

Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 120 79, Nehrweg: s. j. und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.

Ortsgruppen:

Demmin 16,43, Dürkheim 44,56, Elbing 250,40, Glatz 158,14, Jever 241,74, Kitzingen 394,30, Landshut 176,56, Straubing 593,08, Tuttingen 81,55, Augsburg 43,70, Dessau 70,66, Leipzig 159,03, Solingen 19,00, Gerabronn 202,58, Greiz 400,00, Lindau 167,35, Ludwigslust 273,76, Mühlhausen 374,01, Neumünster 230,43, Neustettin 1,08, Osterburg 11,32, Schweidnitz 15,97, Stralsund 65,40, Wartenburg 5,90, Bayreuth 22,04, Gardelegen 136,07, Laucha 23,05, Müllrose 320,55, Wittstock 6,70, Schweinfurt 873,62, Münster 22,80, Berlin 5000,00, Nürnberg 111,53, Wiesbaden 22,42, Aalen 13,06, Eberswalde 126,90, Eisenberg 138,58, Itzehoe 190,89, Jüterbog 50,00, Kempten 427,40, Lägerdorf 3,07, Nortorf 47,21, Riesa 750,00, Sagan 18,38, Schwiebus 77,63, Zeitz 29,67, Regensburg 38,95, Labiau 41,72, Neißa 255,33, Thamar 244,79, Bielsfeld 90,56, Dresden 193,90, Frankfurt/Main 115,90, Lüneburg 252,23, Breslau 5546,41, Alsbek 42,17, Erlangen 12,67, Bremen 8,00, Haynau 20,33, Kahl 119,10, Wriezen 126,52, Krakow 168,50, Lübben 67,81, Plauen 67,53, Torgau 256,24, Wend-Buchholz 6,15, Bremen 74,67, Duisburg 40,66, Prenzlau 95,44, Schmölln 47,55, Uelzen 129,84, Braunschweig 44,08, Düsseldorf 98,83, Wuppertal 41,42, Brieg 305,07, Berlin 560,68, Dortmund 77,57, Heilbronn 154,40, Gadebusch 37,17, Halle/S. 166,50, Kreuzburg 182,76, Merane 96,72, Meuselwitz 98,51, Neustadt O./S. 11,80, Osterwieck 2,78, Pulsnitz 8,06, Reichenau 127,57, St. Margarethen 26,32, Weißwasser 22,25, Viersen 472,06, München 206,91, Landshut 950,00, Reichenbach i. Schles. 69,60, Danzig 44,84, Halle/S. 67,64, Würzburg 43,70, Potsdam 350,00, Rostock 22,42, Parchim 41,29, Andernach 350,00, Frankfurt/O. 521,25, Chemnitz 61,18, Braunschweig 4254,80, Bremen 1012,04, 1581,75, Dessau 1016,50, Düsseldorf 1678,83, Erfurt 1823,00, Halberstadt 4217,90, Kassel 2538,86, 2507,88, Köln 2262,86, Königsberg/Pr. 2277,80, Leipzig 4963,39, 1300,00, Magdeburg 3078,50, Nürnberg 2437,17, Stuttgart 3169,46, Würzburg 1272,55, Aschersleben 166,66, Burg 120,55, Fretzdorf 66,02, Goldberg 32,50, Magdeburg 136,64, Merseburg 492,87, Naumburg 188,59, Neubrandenburg 134,11, Neugersdorf 132,00, Staßfurt 281,60, Stendal 17,29, Wismar 167,77, Wittenberg 47,44, Gleiwitz 39,71, Goldap 40,51, Heilsberg 19,62, Homburg v. d. H. 77,78, Leipzig 1263,71, Norden 40,67, Krefeld 700,00, Jena 1288,26, Heilbronn 88,10, Königsberg/Pr. 150,00, Allstedt 55,96, Braunschweig i. Ostpr. 7,30, Emden 443,25, Gießen 552,13, Güstrow 99,76, Hirschberg 46,03, Jena 19,95, Lauenburg i. P. 5,56, Memmingen 698,40, Oschersleben 752,09, Spottau 32,04, Wittenberg 239,32, Bamberg 199,38, Bartenstein 113,00, Höchst 35,22, Meiningen 527,80, Oelsnitz 63,70, Pößneck 1599,39, Reichenbach i. V. 298,37, Salzgitter 160,00, Weissenfels 813,93, Lüneburg 100,00, Stade 132,68, Hamburg 313,50, Regensburg 800,00, Wilhelmshaven 553,88, Worms 338,13, Angermünde 41,40, Apold 58,65, Cammin 110,90, Dessau 143,04, Fürstenberg 180,24, Guben 35,75, Hindenburg 930,90, Potsdam 500,00, Tangerhütte 86,93, Tiegenhof 7,21, Mannheim 82,84, Altenburg 539,46, Grünstadt 103,50, Hermaringen 212,40, Leer 261,32, Passau 272,60, Pritzwalk 296,61, Vegesack 15,30, Wernigerode 564,09, Wetzlar 509,63, Würzburg 965,76, Koblenz 41,23, Halberstadt 46,52, Buxtehude 180,02, Christianstadt 131,37, Darkehmen 60,22, Glogau 27,08, Heidenheim 135,97, Kamenz 208,45, Neuruppin 11,73, Osterode/Ostpr. 41,10, Pfungstadt 108,14, Rendsburg 170,90, Spremberg 216,83, Suhl 318,76, Unterweißbach 76,70, Goslar 69,78, Pinneberg 195,96, Rügenwalde 225,96.

Sonstiges:

Berlin 50,00, Landshut 3,73, Coburg 2,40, Rostock 350,00, Berlin 600,00, Lobes 42,84, Gleiwitz 250,00, Berlin 861,00, Dresden 2,63, Berlin 576,72, Breslau 1482,88, Luckenwalde 10 412,50, Augsburg 6960,00, Bremen 34,50, Oslo 4,80, Mannheim 144,00, Berlin 380,00, 38,72, Hamburg 3000,00, Berlin 10,66, Leipzig 14,89, Berlin 140,64, Nürnberg 30,77, Neu-Allschwil 21,60, Grenchen 8,00, Bremen 3,73, Berlin 2,40, Hamburg 8,45, Berlin 735,00, Hamburg 18 552,30, 2400,05, Duisburg 3,73.

Korrespondenzen

Flensburg. In der Generalversammlung am 7. Januar nahm der Vorsitzende, Kollege Stahmer, in seinem Jahresbericht in scharfer Weise Stellung gegen die Lohnabbaubestrebungen der Unternehmer, die durch die letzte Notverordnung eine willkommene Stütze erhielten. Schon im Frühjahr, als fünf Tarife erneuert werden mußten, drückten sie den Lohn. Durch die Notverordnung wurde das Ergebnis dieser Verhandlungen illusorisch gemacht. In den nun folgenden Verhandlungen zeigte es sich dann auch, daß die Unternehmer von dem Recht, das ihnen die Notverordnung einräumt, eifrigen Gebrauch machen wollten. Alle Löhne wurden auf den Stand vom Januar 1927 gesenkt, der Lohn im Bäckergewerbe ist sogar auf den Stand von 1925 gedrückt worden. Eine Ausnahme machen lediglich die Meiereikutscher. Diese erhalten eine Vergütung und keinen Lohn. Dadurch findet die Notverordnung keine Anwendung. Mit der Brauerei ist es zu keiner Vereinbarung gekommen. In guter Konjunktur waren dort 60 Arbeiter beschäftigt, jetzt sind es nur noch 19 und täglich wird von Stilllegung geredet. Die Kassenverhältnisse weisen 3000 RM. weniger Einnahmen aus, weil die Zahl der Erwerbslosen gestiegen ist. Der Mitgliederstand ist ungefähr derselbe geblieben.

Nachdem beschlossen wurde, daß in diesem Jahr kein Stiftungsfest stattfinden soll, wurde die Ehrung der Jubilare vorgenommen. Fünf Kollegen haben dem Verband 25 Jahre die Treue gehalten, sie erhielten mit anerkennenden Worten eine Ehrenurkunde. Dann wurde die Absicht des Vorstandes, die Invalidenunterstützung zu kürzen, bekanntgegeben. Eine Diskussion über diesen Punkt entwickelte sich nicht. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Oberschlesien (Tarifabschluß für Fleischer.) Mit dem Bezirksverein Oberschlesien im Deutschen

Fleischer-Verband und unserer Organisation ist mit Wirkung vom 22. Dezember 1931 an ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Er ist verbindlich für die Innungen Gleiwitz, Hindenburg, Beuthen, Ratibor, Groß-Strehlitz, Leschnitz, Peiskretscham, Rosenberg, Tost, Ujest, Mikultschütz, Biskupitz und Kieferstädtel. Der Tarifvertrag regelt die 48stündige Arbeitszeit, die Kündigung, den Urlaub, die Lohnfrage und noch andere wichtige Verhältnisse für Gesellen, Ladengesellen, Verkäuferinnen und Kassierinnen, Kraftwagenführer, Arbeiter und Arbeiterinnen in Fleischereibetrieben. Es liegt nun an allen unseren Kollegen und Kolleginnen, sich immer wieder auf den Tarifvertrag zu berufen und für seine Durchführung Sorge zu tragen. Der Tarifabschluß ist überdies ein wertvoller Beitrag zum Kapitel Tariffähigkeit von Bezirksvereinen im Fleischergewerbe. Nach Württemberg und Berlin ist es nun der dritte Abschluß, der mit einem Bezirksverein im deutschen Fleischer- (Meister-) Verband getätigt wurde.

Saalfeld. Zu der in Nummer 47/1931 veröffentlichten Notiz über Vorgänge bei der Firma Ernst Häuser, Dampfbrauerei in Kirchremda in Thüringen erhalten wir folgende Berichtigung:

„Es ist unwar, daß die Firma Ernst Häuser, Dampfbrauerei Kirchremda, mehrere Arbeiter nicht wegen Arbeitsmangel, sondern weil sie organisiert gewesen seien, entlassen und dafür fremde Leute eingestellt hätte, die den freien Gewerkschaften sehr fernstehen. Unwar ist auch, daß die genannte Firma beabsichtigte, sämtliche organisierte Arbeiter aus ihrem Betrieb zu entfernen, um dafür Stahlhelmer oder Nazis einzustellen. Endlich ist unwar, daß es die Firma Häuser mit der Einhaltung des Tarifvertrages nicht genau genommen hätte oder nähme.“

Recht merkwürdig berührt es, daß uns diese Berichtigung durch Beschluß des thüringischen Amtsgerichts Rudolstadt als einstweilige Verfügung zugestellt wurde. Wir haben selbstverständlich dagegen Einspruch erhoben und gerichtliche Entscheidung beantragt. Die Firma Häuser übermittelte uns am 22. Dezember 1931 eine Zuschrift und verlangte, diese als Berichtigung in der „Einigkeit“ zu veröffentlichen. Wir mußten das Ansinnen ablehnen, weil diese Zuschrift nicht im entferntesten den Anforderungen des Preßgesetzes entsprach und machten davon der Firma Häuser Mitteilung. Wenn wir dennoch den Beschluß des Amtsgerichtes von Rudolstadt veröffentlichen, so nur deshalb, um zu beweisen, daß sich die Firma Häuser nicht im Recht befindet.

Schleswig. In der stattgefundenen Generalversammlung legte der amtierende Ortsgruppenvorstand Rechenschaft ab über die im abgelaufenen Jahr geleistete Arbeit. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß von den in der Ortsgruppe aufkommenen Beiträgen in Höhe von 4846 Mk. mehr als 3000 Mk. verwendet wurden für die Arbeitslosen-, Kranken-, Invaliden- und Sterbunterstützung. Nichts kann stärker die Solidarität der Arbeiterschaft beweisen als diese Zahlen. Und wenn heute noch Kollegen vorhanden sind, die wenig oder gar kein Interesse an der Arbeit und den Leistungen des Verbandes haben, dann ist dies bedauerlich. Mit ziemlicher Sicherheit ist aber anzunehmen, daß das Interesse dann erwacht, wenn auch diese Kollegen einmal in die Lage kommen, die Solidarität der Arbeiterschaft in Anspruch nehmen zu müssen.

Bezirksleiter, Kollege Auerbach, Kiel, sprach im Namen der Organisation dem Vorstand für seine mustergültige Pflichterfüllung den Dank aus. Er forderte alle Kollegen auf, auch weiterhin im Interesse der Arbeiterschaft zu wirken, denn die Schlagkraft der Organisation muß erhalten bleiben, um die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, die durch die vereinte Reaktion stark gedrückt worden ist, wieder zu bessern. Dazu gehört, daß sich die gesamte Arbeiterschaft ihrer Aufgabe bewußt ist. Es darf keine Arbeiter geben, die die Nazis unterstützen, denn diese sind es, die der Reaktion Bütteldienste erweisen und sie damit in die Lage versetzen, die Arbeiterschaft zu knechten.

Zum Schluß machte Kollege Lammert die Kollegen noch darauf aufmerksam, sich auch selbst darum zu kümmern, ob von seiten des Unternehmers die Arbeitslosenversicherungsbeiträge in richtiger Höhe abgeführt werden.

Gewerkschaftliche Rundschau

Fritz Staub 60 Jahre. Der Redakteur des Organs der deutschen Hutarbeiter, Kollege Fritz Staub, beging am 10. Januar seinen 60. Geburtstag. Bereits seit 1890 gehört er seiner Organisation an und wurde 1898 in den Verbandsausschuß seiner Organisation berufen. Späterhin übersiedelte er in den Vorstandsvorstand und wurde 1913 mit der Schriftleitung seines Verbandsorgans beauftragt. Kollege Staub macht durchaus nicht den Eindruck eines Sechzigjährigen. Wir wünschen, daß es ihm noch recht lange vergönnt sei, an seinem verantwortlichen Posten wirken zu können.

Die Gewerkschaften in Holland. In der Krisenzeit, die auch in Holland zu verzeichnen ist, haben sich die Gewerkschaften gut gehalten. Der Mitgliederstand von 300 000 wurde überschritten und gegenüber dem Jahre 1919 sogar noch um 50 000 übertroffen. Bei einem Vergleich mit dem Jahre 1925, in dem der Mitgliederstand auf 180 000 gesunken war, ist seitdem ein bedeutender Aufschwung in der Machterweiterung der holländischen Gewerkschaften eingetreten.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Getreidehauss. Mit der Zurückhaltung der Getreidebestände soll eine weitere Anziehung der Preise erreicht werden. Wie demgegenüber ein Preisabbau für Brot und Backwaren und alle aus Mehl erzeugten Produkte eintreten soll, darüber machen sich diejenigen Kreise, die auf ein weiteres Anziehen der Preise hinarbeiten, keine Gedanken. Wie sehr bereits im neuen Jahr in der Zeit der Preissenkungsaktionen ein Anziehen der Preise vor sich gegangen ist, beweisen folgende Tatsachen. Die Tonne Weizen kostete an der Berliner Produktenbörse Anfang Januar 216 bis 218 Mk., Mitte Januar 222 bis 224 Mk. Bei Roggen betragen die Preise 185 bis 187 Mk. bzw. 196 bis 198 Mk. Dementsprechend erhöhte sich der Mehlpreis, er betrug bei Weizenmehl pro 100 Kilo Anfang Januar 26,50 bis 27,60 Mk., Mitte Januar 27,50 bis 31,25 Mk., bei Roggenmehl 25,50 bis 27,60 Mk. bzw. 27,— bis 29,25 Mk. Der Preisüberwachungskommissar wird bald selbst zu der Ueberzeugung kommen, daß seine Bemühungen, die er auch tatsächlich bei der Senkung der Brotpreise erzielte, wieder illusorisch gemacht werden. Wenn der Preisabbau für wichtige Nahrungsmittel bestehen bleiben soll, dann muß auch der Ursache, die auf dem Getreide- und Mehlmarkt zur Preissteigerung führte, nachgegangen und Vorkerungen getroffen werden, daß auch bei Getreide eine sinkende Preistendenz eintreten muß.

Fleischverbrauch im 3. Vierteljahr 1931. Das Statistische Reichsam hat errechnet, daß der aus beschaupflichtigen Schlachtungen ermittelte Fleischverbrauch im 3. Vierteljahr 1931 7,61 Millionen Doppelzentner betrug. Daraus ergibt sich ein Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung von 11,77 kg. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres hat sich somit der Fleischverbrauch nur wenig geändert, da er 7,77 Millionen Doppelzentner oder 12,09 kg pro Kopf der Bevölkerung betrug.

Preissenkung für Selter und Limonaden. Nachdem die letzte Notverordnung mit Wirkung vom 1. Januar die Mineralwassersteuer außer Kraft gesetzt hat, haben die Berliner Mineralwasserfabrikanten den Beschluß gefaßt, mit dem in Wegfall kommenden Steuerbetrag eine Preissenkung von insgesamt 25 Proz. vorzunehmen. Demzufolge kostet gegenwärtig ein Kasten mit 30 Flaschen Selter 2,70 Mk. und Limonade 4,10 Mk. Wenn im Wiederverkauf auf diese Preise ein Aufschlag von 20 bis 30 Proz. erhoben wird, dann besteht die Möglichkeit, eine Flasche Selter zum Preise von 12 bis 15 Pf. zu kaufen. Das konsumierende Publikum hat die Pflicht, darauf zu achten, daß diese Preise nicht überschritten werden; denn nur dann dürfte es möglich sein, die durch die Mineralwassersteuer so stark in Mitleidenschaft gezogene Industrie zu heben und Arbeitskräfte neu zu beschäftigen.

Unternehmertum

Dabu kontra „Gordian“. In Nummer 24 der „Kazett“ wird von den Vorstandsmitgliedern der im Dabu vereinigten Unternehmerorganisationen eine Erklärung gegen die verantwortliche Schriftleitung des „Gordian“ ver-

öffentlicht. Längst ist bekannt, daß die „Gordian“-Redaktion auf gespanntem Fuße mit führenden Personen der Unternehmerorganisationen steht. Ihre draufgängerische Schreibweise hat oftmals böses Blut verursacht, und schließlich wurde dem Faß der Boden ausgeschlagen durch eine Veröffentlichung gegen die Familie Stollwerck, die aus einem in Köln erscheinenden Sensationsblatt entnommen wurde. Hinzu kam eine weitere persönliche Anrempelung gegen Dr. Jäger, Mitinhaber der Firma Felsche in Leipzig.

In der Erklärung wird bemerkt: „Das Gebaren des „Gordian“ widerspricht grundsätzlich den hohen Anforderungen, die an eine unabhängige Fachzeitschrift vom Standpunkt der Kultur und der Wirtschaft gestellt werden müssen; wir erkennen ihn als lesenswertes Fachblatt nicht mehr an.“ Auf die Auswirkung dieser Erklärung sind wir recht neugierig. Der „Gordian“ hat hohe Einnahmen aus Inseraten, die ihm von Maschinenfabriken und aus der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie zufließen. Wir sehen darunter verschiedene Firmen als Inserenten, die auch sonst bei den Unternehmerorganisationen keine untergeordnete Rolle spielen. Wenn nunmehr die Erklärung in die Tat umgesetzt werden soll, dann müssen nicht nur die Beziehungen als Abonnenten, sondern auch als Insertionsorgan zum „Gordian“ abgebrochen werden. Daran können wir so lange nicht glauben, bis uns die Beweise vorliegen.

Allgemeine Rundschau

Einkommensteuer. Jeder Arbeitnehmer, für den im Kalenderjahr 1931 Steuermarken verwendet wurden, ist verpflichtet, spätestens bis 15. Februar 1932 seine Steuerkarte für 1931 und die Einlagebogen mit den im Kalenderjahr 1931 verwendeten Steuermarken an das Finanzamt abzuliefern, in dessen Bezirk er am 10. Oktober 1931 seinen Wohnsitz hatte. Sofern die Steuerkarte 1931 vom Arbeitnehmer nicht eingesandt werden kann, weil sie beim Arbeitgeber für die Lohnsteuerbescheinigung Verwendung findet, sind Name und Wohnsitz dieses Arbeitgebers bei der Einsendung der Einlagebogen vom Arbeitnehmer genau anzugeben.

Rundfunkteilnehmer. In Deutschland gab es nach behördlichen Feststellungen am 1. Januar 1932 3 980 852 Rundfunkteilnehmer. Die Rundfunkgebühren wurden 283 960 Arbeitslosen, Blinden und Schwerkrriegsbeschädigten erlassen. Wird berücksichtigt, daß am 1. Oktober 1931 3 731 948 Rundfunkteilnehmer vorhanden waren, so betrug der Zugang bis zum 1. Januar 1932 248 904. Seit dem 1. Januar 1931 hat sich die Rundfunkteilnehmerzahl um 471 343 erhöht.

Genossenschaften werden weniger. Im deutschen Genossenschaftswesen macht sich eine Verringerung der Genossenschaften bemerkbar. 1931 wurden 86 Genossenschaften neu gegründet, während 145 aufgelöst wurden. Die ländlichen Genossenschaften und Darlehnskassen sind an den Auflösungen am stärksten beteiligt. Am 1. Januar 1932 wurden insgesamt 52 329 Genossenschaften gegenüber 1. Januar 1931 mit 52 804 festgestellt, wonach der Rückgang 475 betrug.

Internationales

Arbeitslosigkeit in Italien. Ende November des Vorjahres betrug die Zahl der Beschäftigungslosen 878 267. Im November war eine Zunahme von etwa 80 000 Arbeitslosen zu verzeichnen. Von den in der Statistik erfaßten Arbeitslosen erhalten nur 240 000 Arbeitslose Unterstützung, die seit 1919 noch aus der Zeit des demokratischen Regimes besteht. Hierzu bezahlen die Arbeiter ihre Beiträge nach drei Lohnstufen, die sich zwischen 0,70 und 2,10 Lire für den halben Monat bewegen und je zur Hälfte vom Arbeiter und Unternehmer bezahlt werden. Die Unterstützungssätze betragen pro Tag 1,25, 2,50 bzw. 3,75 Lire (28, 55 bzw. 82 Pf.).

Neuer Vertrag im norwegischen Bäckergewerbe. Beim Abschluß des Großkampfes in Norwegen, an dem das Bäckergewerbe passiv beteiligt war, wurde zwischen der gewerkschaftlichen und der Unternehmerorganisation eine vorläufige Einigung erzielt. Der hierbei zustande gekommene Vertragsentwurf regelte die Arbeitszeit, die Mindestlöhne und sonstige Bestimmungen des Arbeitsverhältnisses. Als jedoch durch die Aufhebung des Goldstandards eine Senkung der Kaufkraft eintrat und unter diesem Einfluß sich eine bedeutende Preiserhöhung auswirkte, beschlossen die Verbandsmitglieder gegen das Abkommen Stellung zu nehmen, das auch in einer Abstimmung mit 667 gegen 287 Stimmen verworfen wurde. Vom norwegischen Arbeitgeberverband wurde hierauf die Aussperrung zum 23. Oktober angekündigt. Die Arbeiterorganisation rief den Reichsvermittler an, worauf in Verhandlungen am 20. Oktober der Streit beendet und ein neuer Tarifvertrag mit wesentlich höheren Lohnsätzen zustande kam. Die Bestimmungen über die Vertragsdauer und Anpassung der Löhne an die Indexziffer sind in allen Abmachungen gleichlautend mit denen des Vertragsentwurfs vom September. Die Vorschläge des Reichsvermittlers wurden von Unternehmern und Arbeitern angenommen.

Erfolge gegen das schwere Lastentragen in England. Die Beschäftigten in den Bäckereien und Müllereien in Großbritannien führten einen energischen Kampf gegen das schwere Lastentragen. Bis vor einigen Jahren war in den Müllereien und Bäckereien der Mehlsack, fassend 280 engl. Pfund (127 kg), allgemein im Gebrauch. Durch den Transport dieses übergroßen Gewichtes wurden sehr viele gesundheitlichen Schäden festgestellt. Selbst in den Genossenschaftsbetrieben mußte mit diesem schweren Sackgewicht hantiert werden, dort machte sich sogar bemerkbar, daß die Betriebsleiter hartnäckig an dem 280-Pfund-Sackgewicht festhielten mit der Begründung, daß die Umstellung auf das geforderte 140-Pfund-Sackgewicht für die Betriebe finanziell untragbar wäre.

Nachdem sich ein paritätischer Ausschuß dieser Angelegenheit angenommen und beschlossen hat, in der Mühlenindustrie allgemein den Sack von 140 engl. Pfund einzuführen und von der gewerkschaftlichen Organisation energisch bei den Konsumgenossenschaften vorgestoßen wurde, ist das Ergebnis zu verzeichnen, daß über 100 lokale Konsumgenossenschaften beschlossen haben, ebenfalls in Zukunft 140-Pfund-Säcke einzuführen.

Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Freiwilliger Kranken-Unterstützungs- und Sterbekassen-Verein der Bäckergehilfen zu München

Einladung

zu der am Samstag, dem 20. Februar 1932, abends 7,30 Uhr, im Kreuzbräu, Saal II, parterre, Brunstraße 7, stattfindenden

GENERAL-VERSAMMLUNG

Tagesordnung:

- 1. Geschäfts-, Kassen- u. Revisionsbericht
2. Abänderung des § 8 Abs. 1 unserer Satzung
3. Neuwahl der Verwaltung und des Ausschusses
4. Anträge und Verschiedenes (Schusses)
NB. Anträge oder Beschwerden sind bis 13. Februar 1932 an den Vors. Karl Treu, Baumgärtnerstraße 13, 3 Tr. einzureichen

Die Wichtigkeit der Tagesordnung verpflichtet zu vollzähligem und pünktlichem Erscheinen der werten Mitglieder

Die Verwaltung

Unserm Kollegen Karl Dursch und seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,20] Ortsgruppe Geislingen/Stg.

Unserm Kollegen Josef Desch, Küfer, zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [1,80] Die Kollegen d. Käfer IG.-Farben Ortsgruppe Höchst a. M.

Unserm Kollegen, Bierfahrer Fritz Harnack nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1,80]

Die Kollegen der Ortsgruppe Schönebeck/Elbe

Unserm Kollegen August Weber und seiner lieben Frau zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche. [1,80]

Belegschaft Sietthal-Brauerei und Ortsgruppe Siegen

Unserm Kollegen Peter Zander und seiner lieben Frau zu ihrer Vermählung die besten Glückwünsche [1,80]

Die organisierten Kollegen der Brauerei Buir

Unserm lieben Kollegen, dem Brauführer Otto Nickel zu seinem am 1. Januar 1932 stattgefundenen 40 jährigen Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]

Die Kolleginnen und Kollegen der Hansa-Brauerei AG., Lübeck

Unserm lieben Kollegen Kurt Zwietsch und Braut zur Verlobung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [1,80]

Die Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle Camburg Ortsgr. Jena

Unserm Kollegen Andreas Filatrop nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Unsern Kollegen Andreas Zimmermann und Ludwig Weber nebst ihren lieben Frauen nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. [3,—]

Die Ortsgruppe Essen

Unserer werten Kollegin Frieda Rossmann nebst ihrem lieben Mann die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung [1,50]

Ortsgruppe Eibing

Unserm Koll. Wilhelm Schroers nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit und dem Kollegen Heinrich Feld nebst seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,70] Die Kollegen der Brauerei Rhenania u. Ortsgr. Krefeld-Uerdingen a. Rh.

Nachruf! Am 25.12.1931 verschied unser lieber Kollege Albert Wolf. Ein ehrendes Gedenken bewahren ihm die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Camburg Ortsgruppe Jena [3,60]

Nachruf! Am 11.1.1932 verschied nach langem Leiden unser lieber Kollege Fritz Ritter. Ein ehrendes Gedenken bewahren ihm die Kollegen der Sektion der Brauereiarbeiter Ortsgruppe Jena [3,90]

Nachruf! Am 8.1.1932 verstarb infolge Unfalls unser Kollege der Bierfahrer H. Paskarb. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Kollegen der Ortsgruppe Tilsit [3,30]

Nachruf! Am 8. Januar 1932 starb nach längerer Krankheit unser Kollege Vinzenz Weikmann, Mälzer in der Brauerei Stadt Hamburg, im Alter v. 54 Jahren. Die Kollegen der Ortsgruppe werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. Ortsgruppe Kempten [4,20]

Nachruf!

Im Jahre 1931 verstarben folgende Mitglieder: Hubert Dicken, Mühlenarbeiter, Neuß; Fritz Freikamp, Chauffeur, Düsseldorf; Wilh. Badenheuer, Bierkutscher, Düsseldorf; Mathias Kloppe, Mühlenarbeiter, Neuß; Peter Quos, Mühlenarbeiter, Neuß; Georg Kraiser, Brauer, Düsseldorf; Jos. Wartenberg, Bäcker, Düsseldorf; Bernhard Riemann, Böttcher, Düsseldorf; Ernst Schaar, Müller, Düsseldorf; Karl Frank, Brauer, Düsseldorf; Johann Frank, Bierreissender, Düsseldorf; Adolf Bricse, Bäcker, Düsseldorf [14,40]

Den verstorbenen Mitgliedern bewahrt ein ehrendes Andenken Ortsgruppe Düsseldorf-Neuß

Unsern lieben Kollegen Herrn. Lehmann, Bierfahrer, zu seinem 33 jährigen Arbeitsjubiläum, und Richard Gehrisch, Bierfahrer, zu seinem 25 jährigen Arbeitsjubiläum die besten Glückwünsche. [2,10] Ortsgruppe Jüterbog

Nachruf! Am 8.1.1932 verstarb infolge Unfalls unser Kollege der Bierfahrer H. Paskarb. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Kollegen der Ortsgruppe Tilsit [3,30]

Nachruf! Am 8. Januar 1932 starb nach längerer Krankheit unser Kollege Vinzenz Weikmann, Mälzer in der Brauerei Stadt Hamburg, im Alter v. 54 Jahren. Die Kollegen der Ortsgruppe werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. Ortsgruppe Kempten [4,20]

Nachruf! Am 8.1.1932 verstarb infolge Unfalls unser Kollege der Bierfahrer H. Paskarb. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Kollegen der Ortsgruppe Tilsit [3,30]

Nachruf! Am 8.1.1932 verstarb infolge Unfalls unser Kollege der Bierfahrer H. Paskarb. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Kollegen der Ortsgruppe Tilsit [3,30]

Nachruf!

Am 13. Januar 1932 starb unser Kollege Michael Kaltwasser. Wir verlieren in dem Verstorbenen einen tüchtigen Funktionär. Sein Leben galt nur der Organisation. Wir werden ihm ein dauerndes ehrend. Andenken bewahren. Ortsgruppe Duisburg [4,20]

Nachruf! Im 4. Quartal 1931 wurden uns folgende Mitglieder durch den Tod entzissen: Wilhelm Schauer, Brauereiarbeiter; Heinrich Bolte, Böttcher; Karl Böttcher, Brauereiarbeiter. Ehre ihrem Andenken! Ortsgruppe Bremen [4,20]

Nachruf! Am 13. Januar 1932 starb unser Kollege Michael Kaltwasser. Wir verlieren in dem Verstorbenen einen tüchtigen Funktionär. Sein Leben galt nur der Organisation. Wir werden ihm ein dauerndes ehrend. Andenken bewahren. Ortsgruppe Duisburg [4,20]

Nachruf! Im 4. Quartal starben die Mitglieder Wilhelm Kleinweisede, Invalide, 73 Jahre; Eduard Seubert, Lohnschlichter, 66 Jahre; Josef Kiel, Lohnschlichter, 64 Jahre. Wir werden den Verstorbenen jederzeit ein ehrendes Andenken bewahren. Ortsgruppe Wuppertal

Nachruf! Von unseren Mitgliedern verstarb im IV. Quartal 1931: Johannes Lehmann, Brauer, Invalide; Hermann Neumann, Böttcher, Weber & Thomas; Karl Starke, Brauer, Invalide; Richard Fehrmann, Fleischer, Städt. Schlachthof; Otto Hantsch, Bäcker, Konsumverein Vorwärts; Hertha Höttsch, Süßwaren-Arbeiterin, erwerbslos; Karl Zschippke, Wächter, Radeberger Exportbier-Brauerei; Paul Müller, Hilfsarbeiter, Felsenkeller; Ernst Geißler, Süßwaren-Arbeiter, Invalide; Georg Richter, Süßwaren-Arbeiter, Jordan & Timaeus; Alwin Lehmann, Böttcher, Feldschlößchen; Johann Michael, Brauer, Invalide; Max Fichtner, Maschinist, Reisewitz; Leopold Eichert, Brauer, Invalide; Paul Grands, Brauereiarbeiter, Invalide; Georg Schäfer, Mühlenarbeiter, Bienenart; Paul Wiegand, Kraftfahrer, Felsenkeller; Hugo Weber, Bierfahrer, Invalide; Adolf Erbe, Hilfsarbeiter, Pirna; Max Ufer, Bierfahrer, Waldschlößchen [18,60]

Nachruf! Von unseren Mitgliedern verstarb im IV. Quartal 1931: Johannes Lehmann, Brauer, Invalide; Hermann Neumann, Böttcher, Weber & Thomas; Karl Starke, Brauer, Invalide; Richard Fehrmann, Fleischer, Städt. Schlachthof; Otto Hantsch, Bäcker, Konsumverein Vorwärts; Hertha Höttsch, Süßwaren-Arbeiterin, erwerbslos; Karl Zschippke, Wächter, Radeberger Exportbier-Brauerei; Paul Müller, Hilfsarbeiter, Felsenkeller; Ernst Geißler, Süßwaren-Arbeiter, Invalide; Georg Richter, Süßwaren-Arbeiter, Jordan & Timaeus; Alwin Lehmann, Böttcher, Feldschlößchen; Johann Michael, Brauer, Invalide; Max Fichtner, Maschinist, Reisewitz; Leopold Eichert, Brauer, Invalide; Paul Grands, Brauereiarbeiter, Invalide; Georg Schäfer, Mühlenarbeiter, Bienenart; Paul Wiegand, Kraftfahrer, Felsenkeller; Hugo Weber, Bierfahrer, Invalide; Adolf Erbe, Hilfsarbeiter, Pirna; Max Ufer, Bierfahrer, Waldschlößchen [18,60]

Nachruf!

Den verstorbenen Mitgliedern bewahrt ein ehrendes Andenken Ortsgruppe Düsseldorf-Neuß

Ortsgruppe Dresden

Frauenrecht

JAROSLAV HÁSEK:

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

Illustriert von Josef Lada und A. Grimmer
Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner
Copyright by Verlag Ad. Synek, Prag

2. Fortsetzung.

Da lebte vor Jahren in Zlivi bei Hlubokau ein Heger, der hatte den häßlichen Namen Pintscher. Die Wilddiebe ham ihn erschossen und er hat eine Witwa mit zwei Kindern hinterlassen und sie hat sich nach einem Jahr wieder einen Heger genommen, den Pepi Schawlovic aus Mydlowar. Und den ham sie ihr auch erschossen. Dann hat sie sich zum drittenmal verheiratet und hat wieder einen Heger genommen und hat gesagt: „Aller guten Dinge sind drei. Wenns diesmal nicht glückt, dann weiß ich schon nicht, was ich machen soll.“ Natürlich hat man ihr ihn wieder erschossen und da hat sie mit diesen Hegern zusammen schon sechs Kinder gehabt. Sie war bis in der Kanzlei vom Herrn Fürsten in Hlubokau und hat sich beschwert, daß sie mit diesen Hegern so ein Malheur hat. Dort hat man ihr den Teichwächter Jarosch vom Razitzer Teich empfohlen. Und was sagen Sie dazu: den ham sie ihr wieder beim Fischfang im Teich ertränkt und dabei hat sie mit ihm schon zwei Kinder gehabt. Da hat sie sich einen Schweinschneider aus Vodnan genommen und der hat sie eines Abends mit der Hacke erschlagen und ist sich dann freiwillig anzeigen gegangen. Wie man ihn dann beim Kreisgericht in Pisek gehängt hat, hat er dem Priester die Nase abgebissen und hat gesagt, daß er überhaupt nichts bereut und hat auch noch was sehr häßliches über unsern Kaiser gesagt.

„Und wissen Sie nicht, was er gesagt hat?“ fragte mit hoffnungsvoller Stimme Bretschneider.

„Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil sich niemand getraut hat, es zu wiederholen. Aber es war herich etwas so Furchtbares und Schreckliches, daß ein Rat vom Gericht, der dabei war, davon verrückt geworn is und noch heut hält man ihn in der Isolierzelle fest, damit nichts ans Licht kommt. Es war nicht nur eine gewöhnliche Beleidigung, wie man sie begeht, wenn man betrunken is.“

„Und welche Beleidigungen Seiner Majestät begeht man denn da?“ fragte Bretschneider.

„Meine Herren, ich bitt Sie, sprechen Sie von was anderem“, ließ sich der Wirt Palivec vernehmen. „Wissen Sie, ich hab das nicht gern. Man läßt was fallen und das kann einen manchmal verdrießen.“

„Welche Beleidigungen Seiner Majestät man begeht, wenn man betrunken is?“ wiederholte Schwejk. „Verschiedene. Betrinken Sie sich, lassen Sie sich die österreichische Hymne aufspielen und Sie wern sehn, was Sie anfangen wern zu sprechen. Sie wern sich so viel über Seine Majestät ausdenken, daß es, wenn nur die Hälfte davon wahr wär, genügen möcht, um ihm für sein ganzes Leben einen Skandal zu machen. Aber der alte Herr verdient sich wirklich nicht. Bedenken sie: Seinen Sohn Rudolf hat er im zarten Alter in voller Manneskraft verloren. Seine Gemahlin Elisabeth hat man mit einem Dolch durchbohrt, dann is ihm der Johann Orth verlorengegangen, seinen Bruder, den Kaiser von Mexiko, hat man ihm in irgendeiner Festung, an irgendeiner Mauer erschossen. Jetzt ham sie ihm wieder auf seine alten Tage den Onkel abgeschossen. Da müßt man wirklich besonnenen Kerl ein und er fängt an, ihm anzuhäufeln. Wenn heut was ausbrechen sollt, wer ich freiwillig gehn und unserm Kaiser dienen, bis man mich in Stücke reißt.“

Schwejk tat einen tüchtigen Schluck und fuhr fort:

„Sie glauben, unser Kaiser wird das so lassen? Da kennen sie ihn schlecht. Der Krieg mit den Türken muß geführt wern. Ihr habt meinen Onkel erschlagen, da habt ihr dafür eins über die Kuschen. Es gibt bestimmt Krieg, Serbien und Rußland wern uns in diesem Krieg helfen. Sakra, da wird sich dreschen.“

Schwejk sah in diesem prophetischen Augenblick herrlich aus. Sein einfältiges Gesicht, das lächelte wie der zunehmende Mond, glänzte vor Begeisterung. Ihm war alles so klar.

„Kann sein“, fuhr er in seiner Schilderung der Zukunft Oesterreichs fort, „daß uns im Falle des Krieges mit den Türken die Deutschen in den Rücken falln wern, weil die Deutschen und die Türken zusammenhalten. Wir können uns aber mit Frankreich verbünden, das seit dem Jahr einundsiebzig auf Deutschland schlecht zu sprechen is. Und schon wirts gehn. Es wird Krieg geben, mehr sag ich euch nicht.“

Bretschneider stand auf und sagte feierlich:

„Mehr müssen Sie auch nicht sagen. Kommen Sie mit mir auf den Gang, dort werde ich Ihnen etwas sagen.“

Schwejk folgte dem Zivilpolizisten auf den Gang, wo ihn eine kleine Ueberraschung erwartete, als ihm sein Biernachbar den Adler*) zeigte und erklärte, daß er ihn verhafte und sofort zur Polizeidirektion führen werde. Schwejk bemühte sich, ihm klarzumachen, daß sich der Herr vielleicht irre, daß er vollständig unschuldig sei und nicht ein Wort gesagt habe, das jemanden hätte beleidigen können.

Bretschneider sagte ihm jedoch, er habe sich einer Reihe strafbarer Handlungen schuldig gemacht, unter denen auch das Verbrechen des Hochverrats eine Rolle spiele.

*) Das Abzeichen der österreichischen Geheimpolizisten.

Dann kehrten sie in die Gaststube zurück und Schwejk sagte zu Herrn Palivec:

„Ich hab fünf Biere und ein Kipfel mit einem Würstl. Jetzt geben Sie mir noch einen Sliwowitz und dann muß ich schon gehn, weil ich verhaftet bin.“

Bretschneider zeigte Herrn Palivec den Adler, blickte Herrn Palivec eine Weile an und fragte dann:

„Sind Sie verheiratet?“

„Ja.“

„Und kann Ihre Frau in der Zeit Ihrer Abwesenheit das Geschäft führen?“

„Ja.“

„Dann ist alles in Ordnung, Herr Wirt“, sagte Bretschneider heiter, „rufen Sie Ihre Frau herein, übergeben Sie ihr alles und abends werden wir Sie abholen.“

„Mach dir nichts draus“, tröstete ihn Schwejk. „Ich geh nur wegen Hochverrat hin.“

„Aber wofür ich?“ stöhnte Herr Palivec. „Ich war doch so vorsichtig.“

Bretschneider lachte und sagte siegesfroh:

„Dafür, daß Sie gesagt haben, daß die Fliegen auf unsern Kaiser geschissen haben. Man wird ihn schon unsern Kaiser aus dem Kopf treiben.“

Und Schwejk verließ das Gasthaus „Zum Kelch“ in Begleitung des Zivilpolizisten, den er mit seinem freundlichen Lächeln fragte, als sie auf die Straße traten:

„Soll ich vom Trottoir heruntergehn?“

„Warum?“

„Ich denk, wenn ich verhaftet bin, hab ich kein Recht mehr, auf dem Trottoir zu gehn.“

Als sie in das Tor der Polizeidirektion traten, sagte Schwejk:

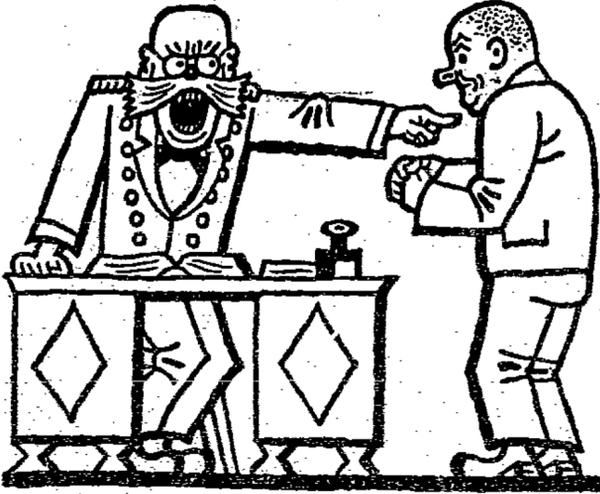
„Wie rasch uns die Zeit verlaufen is! Gehn Sie oft zum „Kelch“?“

Und während man Schwejk in die Aufnahmskanzlei führte, übergab Herr Palivec beim „Kelch“ die Gastwirtschaft seiner weinenden Frau, wobei er sie in seiner sonderbaren Art tröstete:

„Wein nicht, heul nicht, was können sie mir wegen einem beschissenen Kaiserbild machen?“

Und so griff der brave Soldat Schwejk in seiner freundlichen Weise in den Weltkrieg ein.

Die Historiker wird es interessieren, daß er weit in die Zukunft voraussah. Wenn sich die Situation später anders entwickelte, als er dies beim „Kelch“ auseinandersetzt, dann müssen wir uns vor Augen halten, daß er keine vorbereitende diplomatische Bildung besaß.



2.

Der brave Soldat Schwejk auf der Polizeidirektion.

Das Attentat in Sarajewo füllte die Polizeidirektion mit zahlreichen Opfern. Man brachte eins nach dem andern hin und der alte Inspektor in der Aufnahmskanzlei sagte mit seiner gutmütigen Stimme:

„Dieser Ferdinand wird sich euch nicht auszahlen!“

Als man Schwejk in eine der vielen Zellen des ersten Stockwerks sperrte, fand er dort eine Gesellschaft von sechs Menschen vor. Fünf saßen rings um den Tisch und in der Ecke auf dem Kavalet saß, als wollte er sich von ihnen absondern, ein Mann in mittleren Jahren.

Schwejk begann einen nach dem andern auszufragen, warum man ihn eingesperrt habe.

Von den fünf, die am Tisch saßen, erhielt er nahezu die gleiche Antwort:

„Wegen Sarajewo!“ — „Wegen Ferdinand!“ — „Wegen diesem Mord am Herrn Erzherzog!“ — „Wegen Ferdinand!“ — „Dafür, daß man den Herrn Erzherzog in Sarajewo umgebracht hat!“

Der sechste, der sich von diesen fünf absonderte, sagte, daß er mit ihnen nichts zu tun haben wolle, damit auf ihn kein Verdacht falle, denn er sitze hier nur wegen versuchten Raubmordes an einem Bauer aus Holitz.

Schwejk setzte sich zum Tisch in die Gesellschaft der Verschwörer, die einander bereits zum zehnten Male erzählten, wie sie in diese Affäre hineingeraten waren.

Alle, bis auf einen, hatte es entweder im Wirtshaus, in der Weinstube oder im Kaffeehaus ereilt. Eine Ausnahme bildete ein ungewöhnlich dicker Herr mit einer Brille und verweinten Augen, der zu Hause in seiner Wohnung verhaftet worden war, weil er zwei Tage vor dem Attentat in Sarajewo bei „Brejschka“ für zwei serbische Studenten, Techniker, die Zeche bezahlt hatte und vom Detektiv Brix in ihrer Gesellschaft betrunken im „Montmartre“ in der Kettengasse gesehen worden war, wo er, wie er im Protokoll bereits durch seine Unterschrift bestätigt hatte, ebenfalls für sie gezahlt hatte.

Auf alle Fragen bei der Voruntersuchung auf der Polizeidirektion jammerte er stereotype:

Frauen, vermittelt die Pläne der Reaktion!

Die heutige Zeit ist so schwer, daß es vieler Ueberlegung bedarf, um mit den zur Verfügung stehenden Mitteln das Notwendigste für die Familie zu beschaffen. Bei diesem Hin- und Herrechnen möchte man oft wirklich verzweifeln. Aber immer wieder richtet sich die Mutter und Hausfrau auf, der Gedanke an ihre Familie hält sie aufrecht.

Wenn uns der Kopf recht schwer ist, dann denken wir voller Groll auch daran, was wir seit Kriegsende alles ertragen mußten. Hinterher sind wir doch oft selber erstaunt gewesen, daß wir es doch immer wieder geschafft haben. Die schwierigste Zeit war die Zeit der Inflation. Damals zerrann uns das Geld in der Hand. Sie war so schwer, daß die Masse nur mit Grauen daran zurückdenken kann. Man sollte annehmen, die damaligen Zustände und die nachfolgenden Auseinandersetzungen über die Aufwertung hätten so abschreckend gewirkt, daß alle ein für allemal davon genug hätten.

Das ist aber nicht der Fall. Denn die vereinte Reaktion (Nazis, Deutschnationale, Landbund, Volksparteiler usw.) sind beim Reichskanzler gewesen, um ihm verstehen zu geben, daß Deutschland so etwas wie eine kleine Inflation brauche. Der Kanzler war für ein solches Experiment nicht zu haben.

Warum können diese Leute so unverantwortlich reden und im Interesse des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie unseren Geldwert herabdrücken? Die Reaktion und ihre Helfershelfer können so frech auftreten, weil die Partei, die wirklich die Interessen der Masse vertritt, nicht stark genug ist. Weil sogenannte Arbeiterparteien, die Nazis und Kommunisten, nur die einzige Aufgabe haben, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Würden die Kommunisten statt uns zu bekämpfen uns helfen im Kampf gegen die Rechte, dann sähe es wesentlich anders aus. Daß die Nazis keine Arbeiterinteressen vertreten, ist so oft bewiesen worden.

So stehen wir alleine in unserem Kampf gegen die Reaktion, Großgrundbesitz und Industrie, die nach der Inflation sich nicht auf die veränderten Verhältnisse umstellten, aber darauf losrationalisierten und ihre Betriebe nicht ausnutzten, erfordern zu hohe Betriebskosten. Die für die Umstellung aufgenommenen Schulden können sie nicht zurückzahlen. Was sie sich eingebrockt haben, dafür soll nun das Volk bluten.

Um solche Pläne abzuwehren, müssen die Frauen viel aktiver werden. Die Frau muß sich um das kümmern, was vorgeht, und uns helfen, unsere Macht zu stärken, damit solche Pläne der Reaktion abgeschlagen werden können. Deshalb, Frauen und Mütter, kümmert euch um Politik, helft uns, die vereinte Reaktion schlagen! Nani Kurfürst.

Zur Frauenarbeit

Um das Ziel des Sozialismus — die Umwandlung der kapitalistischen Privatwirtschaft in die soziale Gemeinwirtschaft — zu erreichen, bedarf es ebenso wie der Mitarbeit des Mannes auch der der Frau, die in Deutschland zwar politisch gleichberechtigt, aber wirtschaftlich und sozial unfrei geblieben ist.

11½ Millionen Frauen stehen heute im Erwerbsleben, davon sind 3,7 Millionen verheiratet. Insbesondere diese letzteren aus dem Erwerbsleben zu verdrängen, erscheint vielen als ein Mittel zur Behebung der Erwerbslosigkeit. Die Verdrängung der Frau aus dem Betrieb, ihr Ersatz durch den Mann ist heute ziffernmäßig wie arbeitstechnisch unmöglich und widerspräche auch dem von der Sozialdemokratie aufgestellten Grundsatz des Rechts der Frau auf Erwerbsarbeit.

Deshalb anerkennt der Parteitag, entsprechend dem Beschluß der SAI. in Marseille 1925 und gestützt auf das Heidelberger Programm, das gleiche Recht der Frau auf Erwerbsarbeit.

Beschluß des Parteitages zu Magdeburg 1929.

„Ich habe ein Papiergeschäft.“

Worauf ihm ebenfalls die stereotype Antwort zuteil wurde:

„Das ist kein Beweis Ihrer Unschuld.“

Der kleine Herr, den es in einer Weinstube ereilt hatte, war Geschichtsprofessor und hatte dem Weinstubenbesitzer die Geschichte verschiedener Attentate erklärt. Er wurde gerade in dem Augenblick verhaftet, als er die psychologische Analyse aller Attentate mit den Worten beendete:

„Der Gedanke des Attentats ist so einfach, wie das Ei des Kolumbus.“

„Ebenso sicher, wie Sie Pankratz erwartet“, wurde sein Ausspruch während des Verhörs von dem Polizeikommissär ergänzt.

Fortsetzung folgt!